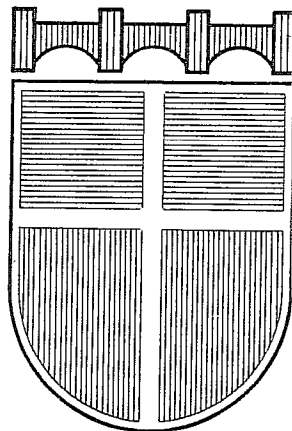


**Einzelschriften zur Statistik des Saarlandes**  
Nr. 9

# **Das Personal im öffentlichen Dienst**

**am 31. 12. 1950**



Herausgegeben vom  
**Statistischen Amt des Saarlandes**

Saarbrücken 1953



## **Vorwort**

Angaben über die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten interessieren nicht allein die für die Verwaltungsführung zuständigen Stellen, sondern die gesamte Öffentlichkeit. Das Statistische Amt des Saarlandes hat deshalb im Rahmen der Finanzstatistik mehrfach Erhebungen über das Personal der öffentlichen Verwaltungen angestellt. Nachdem die Ergebnisse einer ersten Untersuchung über die Beschäftigten im kommunalen Verwaltungsbereich nach dem Stande vom 31. 12. 1948 Mitte 1950 in der Einzelschrift zur Statistik des Saarlandes Nr. 2 veröffentlicht worden waren, wurde nach dem vorläufigen Abschluß der Neuorganisation der Verwaltung im Saarland mit dem Stichtag vom 31. Dezember 1950 eine Erhebung über den Personalstand im gesamten öffentlichen Dienst durchgeführt. Wichtige Ergebnisse dieser Erhebung sind bereits im Kurzbericht des Statistischen Amtes Nr. VI/1 Jahrgang 2, vom Januar 1952 bekanntgegeben worden. Die jetzt fertiggestellte Einzelschrift Nr. 9 bringt nun das gesamte Zahlenmaterial und eine ausführliche textliche Erläuterung dazu. Da durch die Erhebung vom 31. Dezember 1950 die ersten grundlegenden Größenordnungen der neuen Verwaltung des Saarlandes festgehalten wurden, dürfte die Veröffentlichung über den Augenblick hinaus auch für kommende Untersuchungen als Quellenmaterial von Bedeutung sein.

S a a r b r ü c k e n , den 1. August 1953

**Statistisches Amt  
des Saarlandes**

Prof. Dr. Blind



# Inhaltsübersicht

Seite

## I. Die methodischen Grundlagen . . . . . 7

## II. Die Hauptergebnisse

A. Die Gesamtzahl und die Verteilung der Bediensteten auf die Verwaltungsbereiche und Verwaltungszweige . . . . .	15
B. Die Gliederung des Personals nach wichtigen Merkmalen . . . . .	17
1. Beamte, Angestellte und Arbeiter . . . . .	17
2. Die Bediensteten nach Besoldungs- und Vergütungsgruppen . . . . .	18
3. Männer und Frauen im öffentlichen Dienst . . . . .	21
4. Die Altersgliederung . . . . .	22
5. Die Beschäftigten nach der Vorbildung . . . . .	23
6. Die Schwerbeschädigten im öffentlichen Dienst . . . . .	23
7. Die Beschäftigten nach dem Diensteintritt vor und nach dem 8. Mai 1945 . . . . .	24
C. Zeitliche und regionale Vergleichsmöglichkeiten . . . . .	24
D. Die Versorgungsgeldempfänger . . . . .	26
E. Personalstand und Personalausgaben . . . . .	27

## III. Tabellenteil

1. Personalstand der staatlichen Dienststellen und der Körperschaften des öffentlichen Rechts nach Verwaltungsbereichen . . . . .	30
2. Das Personal der staatlichen Dienststellen nach Verwaltungszweigen und Anstellungsverhältnis . . . . .	30
3. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nach dem Anstellungsverhältnis . . . . .	31
4. Das Personal der Kommunalverwaltung nach Verwaltungszweigen und Anstellungsverhältnis . . . . .	31
5. Die Verteilung der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes auf die Laufbahngruppen . . . . .	32
6. Die Beamten und Angestellten der staatlichen Dienststellen nach Verwaltungsbereichen und Laufbahngruppen . . . . .	33
7. Die Beamten und Angestellten der Kommunalverwaltung nach Verwaltungszweigen und Laufbahngruppen . . . . .	34
8. Die Verteilung der Beamten und Angestellten der staatlichen Verwaltungsbereiche nach Laufbahngruppen und nach dem Geschlecht . . . . .	35
9. Die weiblichen Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst nach Laufbahn, Stellung im Beruf und Verwaltungsbereich . . . . .	35
10. Das Personal der Kommunalverwaltung nach Verwaltungszweigen und Geschlecht . . . . .	36
11. Das Personal der staatlichen Dienststellen und der Körperschaften des öffentlichen Rechts nach Familienstand und Laufbahn . . . . .	37

	Seite
12. Das Personal im öffentlichen Dienst nach Verwaltungsbereichen, Stellung im Beruf, Laufbahn, Geschlecht und Alter (absolute Zahlen) . . . .	38
13. Das Personal im öffentlichen Dienst nach Verwaltungsbereichen, Stellung im Beruf, Laufbahn, Geschlecht und Alter (Verhältniszahlen) . . . .	39
14. Das Personal des öffentlichen Dienstes nach der Vorbildung und nach der Laufbahn	40
15. Die Schwerbeschädigten im öffentlichen Dienst . . . . .	41
16. Das nach dem 8. Mai 1945 in den öffentlichen Dienst neu eingestellte Personal .	41
17. Die Beschäftigten in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben des Saarlandes und der Deutschen Bundesrepublik . . . . .	42
17. a) Die Beamten und Angestellten der Hoheits- und Kammereiverwaltungen im Saarland und in der Deutschen Bundesrepublik nach der Laufbahn . . . .	42

## Zeichenerklärung

- = Null (nichts).
- 0 oder 0,0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit, die in der betreffenden Übersicht zur Darstellung gebracht werden kann.
- . = Angaben können nicht gemacht werden, weil der Nachweis fehlt.
- .. = die Voraussetzungen für die betreffende Fragestellung sind nicht gegeben.

Durch Abrundungen, besonders der Verhältniszahlen, kann es vorkommen, daß die Summe der Einzelwerte nicht genau mit der Gesamtsumme übereinstimmt.

# I. Die methodischen Grundlagen

Die Statistik über das Personal im öffentlichen Dienst wurde Ende 1950 zu einem Zeitpunkt durchgeführt, als die Staats- und Kommunalbehörden im wesentlichen aufgebaut und die politisch bedingten Personalveränderungen praktisch abgeschlossen waren. Da zu diesem Termin auch die im Kriege entstandenen Dienststellen zur Verteilung bewirtschafteter Güter aufgelöst waren, konnten Ergebnisse über Größe und Zusammensetzung der öffentlichen Verwaltung erwartet werden, denen eine grundlegende und bleibende Bedeutung zukommt.

Träger öffentlicher Aufgaben können neben dem Staat, den Gemeinden und Gemeindeverbänden auch ständische Organisationen, Kreditinstitute, Versicherungsanstalten, Vereinigungen der freien Wohlfahrtspflege, Religionsgemeinschaften, Zweck- und Interessenverbände usw. sein. Zum Personal im öffentlichen Dienst im Sinne dieser Statistik zählen daher nicht nur die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Hoheits- und Kammereiverwaltungen, sondern auch die Bediensteten der Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie der Eigenbetriebe des Staates und der Gemeinden. Unberücksichtigt blieben dagegen die Arbeitskräfte, die in Anstalten, Stiftungen und wirtschaftlichen Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit beschäftigt waren, selbst wenn sich das Vermögen solcher Körperschaften ganz in öffentlicher Hand befand. Außerdem wurden nicht berücksichtigt die bei den Kirchen tätigen Kräfte sowie die französischen Bediensteten im Saarland, auch wenn sie bei saarländischen Dienststellen beschäftigt waren.

Neben der Ermittlung der Gesamtzahl der öffentlichen Bediensteten hatte die Erhebung vor allem den Zweck, eine Übersicht über die Zusammensetzung des Personals von Staat, Gemeinden und öffentlichen Körperschaften zu gewinnen. Außer den allgemein interessierenden Angaben wurden auch Auskünfte verlangt, die für einzelne Fachministerien von besonderer Bedeutung waren.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst waren zunächst nach ihrem Anstellungsverhältnis aufzugliedern. Beamte im Sinne dieser Statistik sind alle planmäßigen Beamten, die am Stichtag auf Lebenszeit, Zeit oder Widerruf angestellt waren, ferner die außerplanmäßigen Beamten und die Beamtenanwärter. Angestellte im Sinne dieser Statistik sind alle diejenigen Beschäftigten im öffentlichen

Dienst, die Bezüge nach der TOA erhalten bzw. übertariflich oder nach Sondervertrag besoldet werden. In der Gruppe der Angestellten wurden auch solche Arbeitskräfte erfaßt, die im Zeitpunkt der Erhebung mittelbar auf Grund von Kollektivvereinbarungen beschäftigt waren, wie beispielsweise Ordensschwwestern, deren Mutterhäuser für die öffentliche Tätigkeit ihrer Angehörigen eine pauschale Vergütung bezogen. Ferner wurden die Aushilfsangestellten und die Verwaltungslehrlinge einschließlich der Anlernlinge wie Angestellte behandelt. Neben den Beamten und Angestellten wurden die am Stichtag ständig oder nicht ständig, voll oder nicht voll (also weniger als 48 Stunden in der Woche) beschäftigten Arbeiter sowie Handwerkerlehrlinge erfaßt. Die ehrenamtlichen Kräfte, wie beispielsweise die ehrenamtlich tätigen Bürgermeister oder Beigeordneten, die für ihre Tätigkeit eine Vergütung in Form einer Aufwandsentschädigung erhalten, wurden zwar gesondert nachgewiesen, den öffentlichen Bediensteten jedoch nicht zugerechnet.

Geschlecht, Altersgruppe, Vorbildung, Dienst Eintritt vor oder nach dem 8. Mai 1945 waren für sämtliche Bedienstete anzugeben. Außerdem wurde die Zahl der Schwerbeschäftigten, Kriegsversehrten und ihnen Gleichgestellten, deren Erwerbsminderung 50 v. H. und mehr beträgt, gesondert erfragt.

Bei den Beamten und Angestellten der staatlichen Dienststellen und der Körperschaften des öffentlichen Rechts wurde nach den Besoldungs- und Vergütungsgruppen unterschieden, bei den Beamten und Angestellten der Gemeinden und Gemeindeverbänden für jeden Zweig der Kammereiverwaltungen nach Dienstlaufbahnen. Diese Unterscheidung richtete sich nicht nach der am Stichtag besetzten Planstelle, sondern nach der tatsächlichen Besoldung oder Vergütung. Beamte und Angestellte, deren Bezüge sich nach einer anderen Besoldungsordnung als der SBO. bzw. TOA. berechneten, waren sinngemäß einzuordnen. Bei der Zählung der Polizei und Lehrerschaft mußte darauf geachtet werden, daß die staatlich besoldeten Kräfte nicht bei den Gemeindebediensteten erfaßt wurden, auch wenn sie ihre Gehälter aus den Gemeindekassen erhielten. Die Lehrkräfte an Privatschulen blieben unberücksichtigt, gleichgültig ob von seiten einer öffentlichen Körperschaft Zuschüsse geleistet wurden oder nicht.

Die Erhebung umfaßte neben den aktiven Bediensteten auch die Versorgungsgeldempfänger. Es wurden alle Personen ermittelt, die Versorgungsgeld (Ruhegeld, Ruhe-lohn, Witwen-, Waisengeld und Unterhaltsbezüge) unmittelbar von einer öffentlichen Körperschaft oder aus einer entsprechenden Pensionskasse bezogen. Die Hinterbliebenen wurden einzeln gezählt, d. h. jede Witwe, jede Vollwaise oder Halbwaise galt für sich als eine versorgte Person.

Für die Erhebung wurden zwei unterschiedliche Vordrucke verwandt, die am Ende dieser Ausführungen wiedergegeben sind. Der Fragebogen SP war von allen staatlichen Dienststellen und den Körperschaften des

öffentlichen Rechts, der Fragebogen P von den Gemeinden und Gemeindeverbänden auszufüllen. Den Landratsämtern gingen beide Formulare zu, und zwar der Vordruck SP für die staatlichen Dienststellen beim Landrat und der Vordruck P für die Dienststellen der Kreisselbstverwaltung. Die tabellarische Form der Erhebung bedeutet im Vergleich zur individuellen Erfassung der einzelnen Bediensteten eine wesentliche Vereinfachung. Im Hinblick darauf wurde in Kauf genommen, daß das Statistische Amt bei der Aufbereitung des Materials an die in den beiden Fragebogen festgelegten Gruppierungen gebunden war und auf die eine oder andere weitergehende Detaillierung verzichten mußte.



Personalstand der Gemeinden und Gemeindeverbände

Kr.	Gem.	Gr. Kl.	Geprüft:

Gemeinde: \_\_\_\_\_  
Verwaltungsbezirk: \_\_\_\_\_

Kreis: \_\_\_\_\_

Einwohnerzahl: \_\_\_\_\_

(Wird vom Statistischen Amt ausgefüllt)

Übersicht I

Personalstand am 31.12.1950

Verwaltungszweige Wirtschaftliche Unternehmen	Holl- Nr.	BEAMTE (planmäßige und außerplanmäßige)							ANGESTELLTE										ARBEITER			Hiervon weiblich (Sp. 7, 16 u. 18)	Ehren- beamte																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																				
		A 1a - 2c 2	A 2d - 4c 2	A 4e - 8a	A 8b - 11a	Be- amten- an- wärter	Beamte zus. (Sp. 1-5)	Hiervon weiblich	TOA I - III	TOA IV - VI	TOA VII - VIII	TOA IX - X	Sonder- vertrag	Verw.- Lehrl., jugendl. Angest.	Aushilfs- An- gestellte	An- gestellte zus. (Sp. 8-14)	Hiervon weiblich	Ins- gesamt	Hiervon weiblich	Bedienstete insgesamt (Sp. 6, 15 u. 17)																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																							
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																							
<b>A. Personal der Kämmererverwaltungen</b>																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																											

# Übersicht II

## Altersaufbau und Vorbildung

Dieselbahn		Holl.-Nr.	Personen überhaupt		Davon (Sp. 4) : a) entfallen auf die Altersgruppen (nach Jahren)												b) haben folgende Vorbildung						
					bis 20		21 — 30		31 — 40		41 — 50		51 — 60		über 60		Volksschule	Mittelschule	Höhere Schule		Fachschule	Hochschule	
																			überhaupt	davon mit Fachschulteil		überhaupt	davon mit abgeschl. Studium
zus.	weibl.	zus.	weibl.	zus.	weibl.	zus.	weibl.	zus.	weibl.	zus.	weibl.	zus.	weibl.	15	16	17	18	19	20	21			
A. Beamte		401																					
1. A 1 a — 2 c 2																							
2. A 2 d — 4 c 2		402																					
3. A 4 a — 8 a		403																					
4. A 8 b — 11 a		404																					
5. Beamtenanwärter		405																					
Summe A																							
B. Angestellte		501																					
1. TOA I—III																							
2. TOA IV—VI		502																					
3. TOA VII—VIII		503																					
4. TOA IX—X		504																					
5. Sondervertragsangestellte		505																					
6. Ausbildungsangestellte		506																					
7. Verwaltungslehrlinge, jugendl. Angestellte		507																					
Summe B																							
C. Arbeiter		600																					
D. Gesamtpersonal (A - C)		700																					

# Übersicht III

## Versorgungsgeldempfänger

Art der Versorgungsgeldempfänger	Holl.-Nr.	Zahl der versorgten Personen
I. Ruhegeld- und Ruhelohneempfänger		
1. Beamte	801	
2. Angestellte	802	
3. Arbeiter	803	
Summe I		
II. Witwen- und Waisengelder		
Unterbleibende von:		
1. Beamten	901	
2. Angestellten	902	
3. Arbeitern	903	
Summe II		
Summe I und II	904	
Zahl der außerdem aus fremden Pensions-, Witwen- und Waisengeldern versorgten Personen.	905	

Namen der Sachbearbeiter (in Blockschrift)

a) der Gemeinde: ....., Fernruf: Nr. ....

b) des Kreises: ....., Fernruf: Nr. ....

Die Vollständigkeit und Richtigkeit bescheinigt:

....., den ..... 1951

(Stempel)

Unterschrift:

Bezeichnung der Dienststelle \_\_\_\_\_  
Einzelplan des Staatshaushalts \_\_\_\_\_  
Kapitel des Staatshaushalts \_\_\_\_\_  
Bezeichnung der Körperschaft  
des öffentlichen Rechts \_\_\_\_\_

**Personalstandsstatistik**  
der staatlichen Dienststellen

Kennziffer	geprüft

(Wird vom Statistischen Amt ausgefüllt.)

**Übersicht I**  
Personalstand am \_\_\_\_\_

Personal	Holt-Nr.	Insgesamt <sup>1)</sup>	davon								Zahl der Kinder, für welche die soziale Zulage gezahlt wird							
			ledig	ver-heiratet	ge-schieden	ver-witwet	weib-lich	Schwer-beschä-digte <sup>6)</sup>	Bereits vor dem 8.5.45 in d. Verwaltg. gestellt <sup>7)</sup>	nach dem 8.5.45 neu ein-gestellt <sup>8)</sup>	1. Kind	2. Kind	3. Kind	4. Kind u. mehr				
A. Beamte (planmässige u. ausserplanmässige) <sup>2)</sup>																		
I. Feststehende Gehälter																		
1. Besoldungsgruppe	B 3 a	101																
2. "	B 3 b	102																
3. "	B 4	103																
4. "	B 5	104																
5. "	B 6	105																
6. "	B 7a - B 7b	106																
7. "	B 8	107																
8. "	B 10	108																
Zusammen (Summe 1-8)		-																
II. Aufsteigende Gehälter																		
1. Besoldungsgruppe	A 1 a	110																
2. "	A 1 b	111																
3. "	A 2 a	112																
4. "	A 2 b	113																
5. "	A 2 c 1	114																
6. "	A 2 c 2	115																
7. "	A 2 d	116																
8. "	A 3 a	117																
9. "	A 3 b	118																
10. "	A 3 b (u)	119																
11. "	A 3 c	120																
12. "	A 3 d	121																
13. "	A 4 a 1	122																
14. "	A 4 a 2	123																
15. "	A 4 b 1	124																
16. "	A 4 b 2	125																
17. "	A 4 c 1	126																
18. "	A 4 c 2	127																
19. "	A 4 c	128																
20. "	A 5 a	129																
21. "	A 5 b	130																
22. "	A 6	131																
23. "	A 7 a	132																
24. "	A 7 b	133																
25. "	A 7 c	134																
26. "	A 8 a	135																
27. "	A 8 b	136																
28. "	A 8 c	137																
29. "	A 9	138																
30. "	A 10	139																
31. "	A 10 a	140																
32. "	A 10 b	141																
33. "	A 11	142																
34. "	A 11 a	143																
35. Beamtenanwärter		144																
Zusammen (Summe 1-35)		-																
Summe A (I. u. II.)		-																
B. Angestellte																		
1. Vergütungsgruppe	I TOA	150																
2. "	II TOA	151																
3. "	III TOA	152																
4. "	IV TOA	153																
5. "	Va TOA	154																
6. "	Vb TOA	155																
7. "	VIa TOA	156																
8. "	VIb TOA	157																
9. "	VII TOA	158																
10. "	VIII TOA	159																
11. "	IX TOA	160																
12. "	X TOA	161																
13. Sondervertragsangestellte <sup>3)</sup>		162																
14. Aushilfsangestellte <sup>4)</sup>		163																
15. Jugendliche Angestellte, Verwaltungs-lehrlinge u. Anterlinge		164																
Summe B (1-15)		-																
C. Arbeiter																		
Arbeiter zusammen		170																
D. Gesamtpersonal																		
Insgesamt (A, B u. C) <sup>5)</sup>		-																

Bezeichnung der Dienststelle \_\_\_\_\_

Einzelplan des Staatshaushalts \_\_\_\_\_

Kapitel des Staatshaushalts \_\_\_\_\_

Bezeichnung der Körperschaft  
des öffentlichen Rechts \_\_\_\_\_

## Personalstandsstatistik

der staatlichen Dienststellen

### Übersicht II

Versorgungsgeldempfänger<sup>8)</sup>

Kennziffer	geprüft

(Wird vom Statistischen Amt ausgefüllt.)

Besoldungs- und Vergütungsgruppen	Holl- Nr.	Insgesamt	davon					
			Ruhegehalts- empfänger	davon verheiratet	Ruhelohn- empfänger	Empfänger von Witwengeld	Empfänger von Waisengeld	Empfänger von Unterhaltsbezug. ( Beamte )
		1	2	3	4	5	6	7
<b>A. Beamte</b> (planmäßige u. ausserplanmäßige)								
<b>I. Feststehende Gehälter</b>								
1. Besoldungsgruppe B 3 a	201							
2. " B 3 b	202							
3. " B 4	203							
4. " B 5	204							
5. " B 6	205							
6. " B 7 a - B 7 b	206							
7. " B 8	207							
8. " B 10	208							
<b>Zusammen (Summe 1-8)</b>	-							
<b>II. Aufsteigende Gehälter</b>								
1. Besoldungsgruppe A 1 a	210							
2. " A 1 b	211							
3. " A 2 a	212							
4. " A 2 b	213							
5. " A 2 c 1	214							
6. " A 2 c 2	215							
7. " A 2 d	216							
8. " A 3 a	217							
9. " A 3 b	218							
10. " A 3 b (U)	219							
11. " A 3 c	220							
12. " A 3 d	221							
13. " A 4 a 1	222							
14. " A 4 a 2	223							
15. " A 4 b 1	224							
16. " A 4 b 2	225							
17. " A 4 c 1	226							
18. " A 4 c 2	227							
19. " A 4 c	228							
20. " A 5 a	229							
21. " A 5 b	230							
22. " A 6	231							
23. " A 7 a	232							
24. " A 7 b	233							
25. " A 7 c	234							
26. " A 8 a	235							
27. " A 8 b	236							
28. " A 8 c	237							
29. " A 9	238							
30. " A 10	239							
31. " A 10 a	240							
32. " A 10 b	241							
33. " A 11	242							
34. " A 11 a	243							
<b>Zusammen (Summe 1-34)</b>	-							
<b>Summe A (I. u. II.)</b>	-							
<b>B. Angestellte</b>								
1. Vergütungsgruppe I TOA	250							
2. " II TOA	251							
3. " III TOA	252							
4. " IV TOA	253							
5. " Va TOA	254							
6. " Vb TOA	255							
7. " VIa TOA	256							
8. " VIb TOA	257							
9. " VII TOA	258							
10. " VIII TOA	259							
11. " IX TOA	260							
12. " X TOA	261							
13. Sondervertragsangestellte	262							
14. Aushilfsangestellte	263							
<b>Summe B (1-14)</b>	-							
<b>C. Arbeiter</b>								
Arbeiter zusammen	270							
<b>D. Gesamtpersonal</b>								
<b>Insgesamt (A, B u. C)</b>	-							

Bezeichnung der Dienststelle \_\_\_\_\_  
Einzelplan des Staatshaushalts \_\_\_\_\_  
Kapitel des Staatshaushalts \_\_\_\_\_  
Bezeichnung der Körperschaft  
des öffentlichen Rechts \_\_\_\_\_

## Personalstandsstatistik

der staatlichen Dienststellen

### Übersicht III

#### Altersaufbau

Kennziffer	geprüft

(Wird vom Statistischen Amt ausgefüllt.)

Dienstlaufbahn	Halt- Nr.	Personen überhaupt		davon entfallen auf die Altersgruppen (nach Jahren)											
				bis 20		21 - 30		31 - 40		41 - 50		51 - 60		über 60	
		zusammen	davon weiblich	zus.	davon weibl.	zus.	davon weibl.	zus.	davon weibl.	zus.	davon weibl.	zus.	davon weibl.	zus.	davon weibl.
A. Beamte															
1. Feste Gehälter ( Bes.-Gr. B 3a - 10 )	301														
2. Höherer Dienst ( Bes.-Gr. A 1a - 2c2 )	302														
3. Gehobener Dienst ( Bes.-Gr. A 2d - 4c2 )	303														
4. Mittlerer Dienst ( Bes.-Gr. A 4e - 8 a )	304														
5. Einfacher Dienst ( Bes.-Gr. A 8b - 11 a )	305														
6. Beamtenanwärter	306														
Summe I	-														
B. Angestellte															
1. Höherer Dienst ( TOA I - III )	320														
2. Gehobener Dienst ( TOA IV - VI )	321														
3. Mittlerer Dienst ( TOA VII - VIII )	322														
4. Einfacher Dienst ( TOA IX - X )	323														
5. Sondervertragsangestellte	324														
6. Aushilfsangestellte	325														
7. Jugendliche Angestellte, Verwaltungslehrlinge u. Anlernlinge	326														
Summe II	-														
C. Arbeiter															
Arbeiter zusammen	340														
D. Gesamtpersonal															
Insgesamt ( I - III ) <sup>10)</sup>	-														

### Übersicht IV

#### Vorbildung <sup>9)</sup>

Dienstlaufbahn	Holt-Nr.	Personen insgesamt	davon haben folgende Vorbildung:						
			Volks - schule	Mittel - schule	Höhere Schule		Fach - schule	Hochschule	
					überhaupt	davon bis zur Hochschulreife		überhaupt	dav. mit abge - schloss. Studium
A. Beamte									
1. Feste Gehälter ( Bes.-Gr. B 3a - 10 )	401								
2. Höherer Dienst ( Bes.-Gr. A 1a - 2c2 )	402								
3. Gehobener Dienst ( Bes.-Gr. A 2d - 4c2 )	403								
4. Mittlerer Dienst ( Bes.-Gr. A 4e - 8a )	404								
5. Einfacher Dienst ( Bes.-Gr. A 8b - 11a )	405								
6. Beamtenanwärter	406								
Summe I	-								
B. Angestellte									
1. Höherer Dienst ( TOA I - III )	420								
2. Gehobener Dienst ( TOA IV - VI )	421								
3. Mittlerer Dienst ( TOA VII - VIII )	422								
4. Einfacher Dienst ( TOA IX - X )	423								
5. Sondervertragsangestellte	424								
6. Aushilfsangestellte	425								
7. Jugendliche Angestellte, Verwaltungslehrlinge u. Anlernlinge	426								
Summe II	-								
C. Arbeiter									
Arbeiter zusammen	440								
D. Gesamtpersonal									
Insgesamt ( I - III ) <sup>10)</sup>	-								

Namen des Sachbearbeiters:  
(in Blockschrift)

Die Vollständigkeit und Richtigkeit bescheinigt:

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_ 19\_\_\_\_

(Dienststellenleiter)



## II. Die Hauptergebnisse

### A. Die Gesamtzahl und die Verteilung der Bediensteten auf die Verwaltungsbereiche und Verwaltungswege

Die Gesamtzahl der Beamten, Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes betrug am 31. 12. 1950 im Saarland 45 458 Personen<sup>1)</sup>. In dieser Zahl sind auch die Bediensteten enthalten, die nur vorübergehend beschäftigt

waren, wie Aushilfsangestellte und Saisonarbeiter, nicht aber die ehrenamtlich tätigen Personen, deren Zahl sich am Erhebungstichtag auf 439 belief, und die ausschließlich der Kommunalverwaltung angehörten.

Das Personal im öffentlichen Dienst nach Verwaltungsbereichen

Verwaltungsbereich	Bedienstete		
	absolut	v. H.	auf 1 000 Einw.
Staat ohne Bahn und Post	13 100	28,8	13,8
Eisenbahn und Post	17 554	38,6	18,5
Körperschaften des öffentlichen Rechts	4 344	9,6	4,6
Gemeinden und Gemeindeverbände	10 460	23,0	11,0
Insgesamt	45 458	100,0	47,9

Annähernd zwei Fünftel aller Beschäftigten standen im Dienst der Eisenbahn und Post. Bei der staatlichen Verwaltung im eigentlichen Sinne war reichlich ein Viertel, bei den Kommunalverwaltungen nicht ganz ein Viertel der Bediensteten tätig. Ein Zehntel der Beschäftigten entfiel auf die Körperschaften des öffentlichen Rechts<sup>2)</sup>. Unter ihnen standen nach der Größe des Personals die Landesversicherungsanstalt mit 1 478, die Saarknappschaft mit 1 165 und die Sparkassen mit 901 beschäftigten Personen an der Spitze.

Das Interesse der Öffentlichkeit richtet sich besonders auf den Personalstand der Hoheits- und Kammereiverwaltungen, d. h. der Verwaltung im engeren Sinne. Dieser ist in gewissem Maße von der Wirtschafts- und Sozialstruktur, von den Besiedlungsverhältnissen und anderen Faktoren abhängig. Dies gilt insbesondere für den Personalbedarf der Kommunalverwaltungen<sup>3)</sup>. Langjährige Untersuchungen haben ergeben, daß der Personalbedarf der Gemeinden bei steigender Einwohnerzahl progressiv wächst, weil die Aufgaben der Verwaltung auf dem Gebiet der Schule, der Kultur, der Fürsorge, der Jugendhilfe und des Gesund-

heitswesens, aber auch der Wirtschaftsförderung und der öffentlichen Institutionen bei großen Gemeinden relativ bedeutender sind als bei kleinen. Für die Größe der staatlichen Verwaltung sind andere Faktoren maßgebend. Von Bedeutung ist, daß selbst ein kleines Gebiet eine gewisse Mindestzahl an Beamten, Angestellten und Arbeitern zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt. Eine Gegenüberstellung der Beschäftigtenzahlen in den einzelnen Ländern der westdeutschen Bundesrepublik ergibt beispielsweise, daß die kleinsten Gliedstaaten den relativ größten Verwaltungsapparat haben.

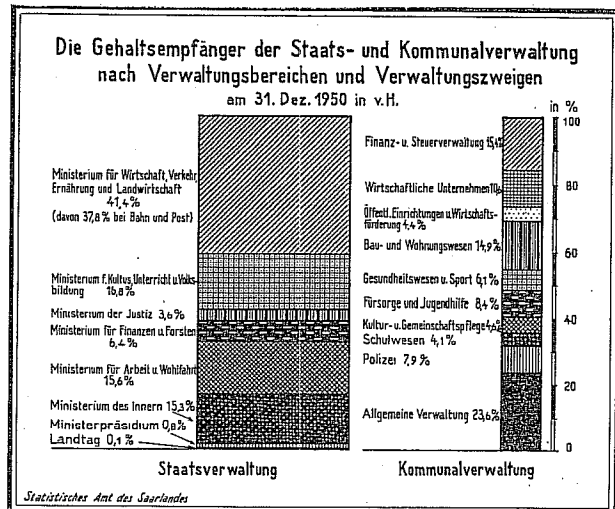
Auf die Hoheits- und Kammereiverwaltung entfiel Ende 1950, wie eine Aufgliederung der öffentlichen Bediensteten nach Verwaltungsbereichen und -zweigen zeigt, nur ein verhältnismäßig kleiner Teil des Gesamtpersonals im öffentlichen Dienst. Läßt man zunächst die Arbeiter außer Betracht, weil man sie gewöhnlich nicht im Auge hat, wenn man von der Verwaltung spricht, und weil sie auch keine eigentliche Verwaltungstätigkeit ausüben, so ermäßigt sich die Zahl der Ende 1950 im öffentlichen Dienst stehenden Personen auf 29 069 Beamte und Angestellte. Von diesen war der weitaus größte Teil bei Dienststellen beschäftigt, die man nicht als Verwaltung im eigentlichen Sinne bezeichnen kann. So entfielen allein 8 939 Beamte und Angestellte auf Eisenbahn und Post, von denen dort nur ein kleiner Teil Verwaltungsaufgaben bearbeitete. Ähnlich war es bei den übrigen öffentlichen Einrichtungen, bei den kommunalen Eigenbetrieben und den Körperschaften des öffentlichen Rechts. Außerdem können noch zahlreiche weitere staatliche und gemeindliche Dienstzweige nicht der Verwaltung im engeren Sinne zugerechnet werden.

<sup>1)</sup> Ein Vergleich mit Vorkriegszahlen ist leider nicht möglich, weil keine entsprechenden Angaben für alle Verwaltungszweige vorliegen, und weil sich der Aufgabenbereich und damit der Umfang und die Struktur der Verwaltung grundlegend verändert haben.

<sup>2)</sup> Darunter fallen im Saarland auch die Universität, die berufständischen Kammern und die gemeindlichen Zweck- und Interessenverbände.

<sup>3)</sup> Vgl. „Das Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände am 31. 12. 1948“ S. 13 ff.

Hierzu gehören: die Arbeitsverwaltung, Polizei und Justiz, die Schulen aller Grade, die Fürsorgeverbände und ihre Einrichtungen wie Alters-, Blinden-, Siechen- und Obdach-



losenheimen, Volksküchen usw., die Anstalten und Einrichtungen der Jugendhilfe, des Gesundheits- und Sportwesens, also Kindergärten, Krankenhäuser, Heil- und

Pflegeanstalten, Beratungsstellen usw. Läßt man auch das Personal der Kriegsfolgeämter außer Betracht, dann ergibt sich, daß Ende 1950 in der eigentlichen Verwaltung des Staates und der Gemeinden weniger als 10 000 Bedienstete beschäftigt wurden. Dies waren die Gehaltsempfänger der obersten Staatsorgane, der allgemeinen und inneren sowie der Finanz- und Steuerverwaltung, ferner des Bau- und Wohnungswesens einschließlich der Straßenbauverwaltung.

Faßt man die staatliche Verwaltung und die Körperschaften des öffentlichen Rechts, die von dieser beaufsichtigt werden zusammen, so fallen die meisten Bediensteten (54,4 v. H.) in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Ernährung und Landwirtschaft. Dies erklärt sich daraus, daß hier die Beschäftigten von Eisenbahn und Post erscheinen. In größerem Abstand folgte das Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt, dem in diesem Falle auch das Personal der Landesversicherungsanstalt und der Saarknappschaft zugerechnet ist, mit 13,3 v. H. Im Bereich des Ministeriums für Kultus, Unterricht und Volksbildung waren bedingt durch die große Zahl der Lehrer 11,8 v. H. aller staatlichen Bediensteten beschäftigt und im Ministerium des Innern mit der Gendarmerie, der Landes-, Grenz- und Kriminalpolizei 11,2 v. H. des Gesamtpersonals.

**Das Personal der Regierung des Saarlandes (Zentralverwaltung) und des Landtages am 31. 12. 1950**

Bezeichnung	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Insgesamt
<b>A. Ministerien:</b>				
Ministerpräsidentium	55	53	12	120
Ministerium des Innern	44	55	7	106
Ministerium für Finanzen und Forsten	84	53	12	149
Ministerium der Justiz	20	14	4	38
Ministerium für Kultus, Unterricht und Volksbildung	21	27	3	51
Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt	37	139	11	187
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Ernährung u. Landwirtschaft	38	125	9	172
<b>Summe A</b>	<b>299</b>	<b>466</b>	<b>58</b>	<b>823</b>
<b>B. Landtag</b>	<b>2</b>	<b>17</b>	<b>7</b>	<b>26</b>
<b>Summe A und B</b>	<b>301</b>	<b>483</b>	<b>65</b>	<b>849</b>

Die Zentralverwaltung der Regierung als solche, d. h. die oberste Landesbehörde ohne die angeschlossenen und nachgeordneten Stellen beschäftigte nur insgesamt 849 Personen, das waren 1,9 v. H. aller im öffentlichen Dienst eingesetzten Kräfte.

Die vorstehenden Dienstzweige beanspruchten zusammen nahezu neun Zehntel aller staatlichen Bediensteten.

In der Kommunalverwaltung war etwa je ein Sechstel des Personals in der allgemeinen Verwaltung, in wirtschaftlichen Unternehmen und im Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen tätig. Die öffentlichen Einrichtungen beschäftigten 12,8 v. H. der Bediensteten. Es handelt sich hierbei vor allem um das Personal für die Straßenreinigung, für das Bestattungs-, Markt- und Feuerlöschwesen, für die Müllabfuhr, die Kanalisation, die Schlacht- und Viehhöfe, die Parkanlagen, die Badeanstalten und ähnliche Einrichtungen.

**Die staatlichen Tätigkeitsbereiche mit über 500 Beschäftigten**

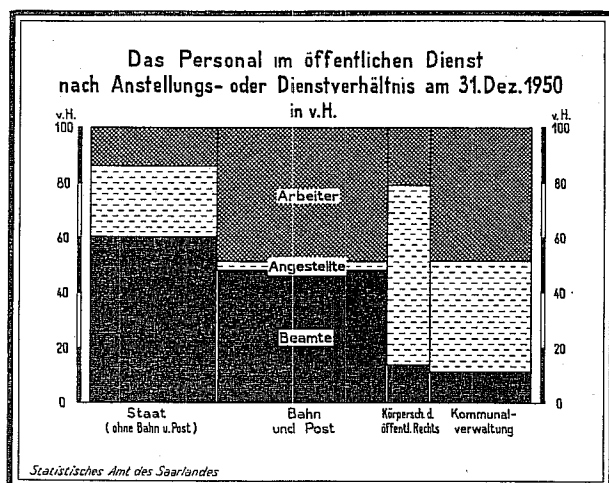
Dienstzweig	Beschäftigtenzahl
Eisenbahn	13 700
Post	3 854
Schulen (ohne Universität)	3 848
Polizei	2 352
Finanzämter	939
Gerichte und Staatsanwaltschaften	776
Kliniken	704
Forstämter	644
Straßenbau	564
<b>Zusammen</b>	<b>27 381</b>



## B. Die Gliederung des Personals nach wichtigen Merkmalen

### 1. Beamte, Angestellte und Arbeiter

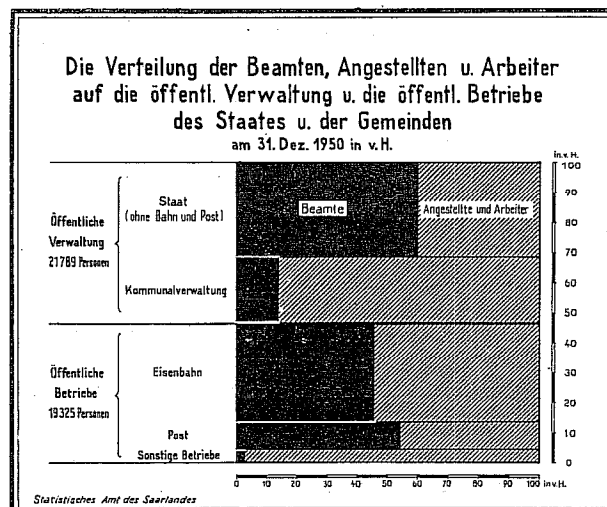
Von den Bediensteten waren knapp zwei Fünftel Beamte, annähernd ein Viertel Angestellte und über ein Drittel Arbeiter. 1927 waren von den Beschäftigten in der Verwaltung des Deutschen Reiches, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände rund 66 v. H. Beamte, 14 v. H. Angestellte und 20 v. H. Arbeiter <sup>1)</sup>. Am 2. Sep-



tember 1950 gab es in der Bundesrepublik im öffentlichen Dienst 42 v. H. Beamte, 36 v. H. Angestellte und 22 v. H. Arbeiter <sup>2)</sup>. Wenn auch bei einem solchen Vergleich infolge der gebiets- und verwaltungsmäßigen Veränderungen gewisse Einschränkungen gemacht werden müssen, so zeigt das Ergebnis doch, daß sich der Anteil der Angestellten in den letzten 20 Jahren beträchtlich zugunsten desjenigen der Beamten vergrößert hat. Während 1927 im Deutschen Reich Beamte und Angestellte im Verhältnis von 4,7 : 1 beschäftigt waren, betrug das Verhältnis im Jahre 1950 etwa 1,2 : 1. Im Saarland ergab sich Ende 1950 ein solches von 1,6 : 1. Unmittelbar nach dem Kriege hatte sich das Verhältnis noch stärker zu Ungunsten der Beamten verschoben, während inzwischen die Bedeutung der Beamten wieder zugenommen hat, da eine Ergänzung des infolge der Entnazifizierungsmaßnahmen stark zurückgegangenen Bestandes an Beamten im Zuge des Wiederaufbaues der öffentlichen Verwaltung zwangsläufig erforderlich war. Die neuerliche Erhöhung des Anteils der Beamten ist aber nicht ausschließlich durch die Wiederverwendung epurier-

ter Beamter, sondern auch durch die Übernahme von Angestellten und Arbeitern ins Beamtenverhältnis eingetreten. Außerdem hat sich die Relation zwischen der Zahl der Beamten und der Angestellten auch durch die Auflösung oder Verkleinerung solcher Dienststellen verschoben, deren Errichtung durch die während und nach dem Krieg zu erledigenden Sonderaufgaben bedingt war, mit denen wegen des vorübergehenden Charakters hauptsächlich Angestellte beschäftigt wurden.

Sieht man von den Besonderheiten der Nachkriegszeit ab, so ist jedoch auf längere Sicht allgemein eine Verstärkung des Anteils der Angestellten in der Verwaltung festzustellen. Die Verringerung des Anteils der Beamten an der Gesamtzahl der öffentlichen Bediensteten steht im Zusammenhang mit der Vergrößerung des Aufgabengebietes der öffentlichen Hand und dem Bestreben, Beamtenstellen einzusparen, wenn die betreffenden Aufgaben auch durch Angestellte bearbeitet werden können.



Fast 90 v. H. der Beamten wurden bei der staatlichen Verwaltung einschließlich Bahn und Post gezählt. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Staatsbediensteten betrug 53 v. H. Der bei den angeschlossenen und nachgeordneten Behörden der Ministerien über 60 v. H. des Personals hinausgehende Anteil der Beamten erklärt sich aus den durch diese Verwaltungen auszuübenden hoheitsrechtlichen Funktionen (Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Justiz, Finanzverwaltung) und aus der Eigenart einzelner Aufgabengebiete (z. B. Schulwesen).

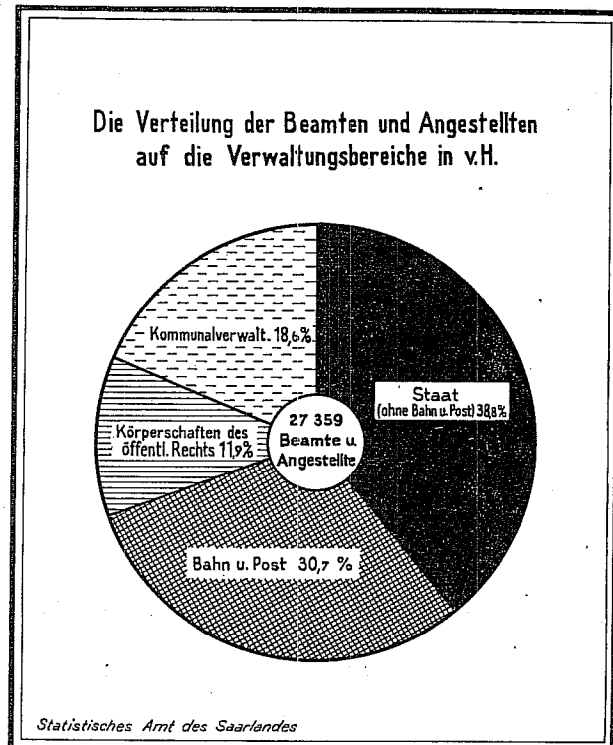
<sup>1)</sup> Finanzen und Steuern, Berlin 1930, S. 21 (Bearbeitet im Statistischen Reichsamt)

<sup>2)</sup> Wirtschaft und Statistik 1951, S. 484

Die öffentlichen Bediensteten nach dem Anstellungs- und Dienstverhältnis

Verwaltungsbereich	Beamte		Angestellte		Zusammen		Arbeiter		Insgesamt	
	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.
Staatliche Verwaltung ohne Bahn und Post	7 867	60,1	3 410	26,0	11 277	86,1	1 823	13,9	13 100	100,0
Eisenbahn und Post	8 359	47,6	580	3,3	8 939	50,9	8 615	49,1	17 554	100,0
Körperschaften des öffentlichen Rechts	607	14,0	2 844	65,5	3 451	79,5	893	20,5	4 344	100,0
Gemeinden und Gemeindeverbände	1 232	11,8	4 170	39,9	5 402	51,7	5 058	48,3	10 460	100,0
<b>Zusammen</b>	<b>18 065</b>	<b>39,7</b>	<b>11 004</b>	<b>24,2</b>	<b>29 069</b>	<b>63,9</b>	<b>16 389</b>	<b>36,1</b>	<b>45 458</b>	<b>100,0</b>

Von den bei den Gemeinden und ihren Verbänden tätigen Personen waren nur 11,8 v. H. Beamte. Bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts lag der Satz mit 14 v. H. nur wenig höher. Während bei der staatlichen Verwaltung etwa jeder zweite Bedienstete im Beamtenverhältnis stand, war bei den gemeindlichen Körperschaften nur jeder achte Beschäftigte Beamter.



Die Angestellten treten in ihrer Bedeutung für die öffentliche Verwaltung nur deswegen hinter den Beamten zurück, weil bei der Eisenbahn und Post nur wenig Angestellte tätig sind.

Bei den staatlichen Verwaltungsdienststellen war ein Viertel der Bediensteten Angestellte. Bei den obersten Staatsorganen (Ministerien usw.) wurden 1950 allerdings mehr Angestellte beschäftigt als Beamte. Bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts und bei den Kommunalverwaltungen waren die Angestellten allgemein weitaus

## 2. Die Bediensteten nach Besoldungs- und Vergütungsgruppen

Bei der Gliederung der Gehaltsempfänger nach den in den Besoldungs- und Tarifordnungen vorgesehenen Besoldungs- und Vergütungsgruppen wurden die Beschäftigten, deren Bezüge sich nicht nach den allgemein für den öffentlichen Dienst geltenden Bestimmungen bemessen, in den Gruppen nachgewiesen, denen ihre Gehälter am ehesten entsprachen. Lediglich die in der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten enthaltenen 497 Beamtenanwärter, 530 Sondervertragsangestellten, 266 Aushilfsangestellten und 417 Jugendlichen, Verwaltungslehrlinge und Anlernlinge wurden nicht berücksichtigt. Sondervertragsangestellte waren hauptsächlich bei der Landesversicherungsanstalt, der Universität und bei den Gemeinden beschäftigt. Es handelte sich fast ausschließlich um Ärzte, Künstler- und Orchesterpersonal. Aushilfsangestellte waren vor allem bei der Landesversicherungsanstalt, Universität und Saarknappschaft tätig. Die meisten Verwaltungslehrlinge wurden bei den Gemeinden gezählt, wo sie für den Nachwuchs eine ähnliche Bedeutung haben wie die Beamtenanwärter im Bereich der staatlichen Verwaltung. Aber auch

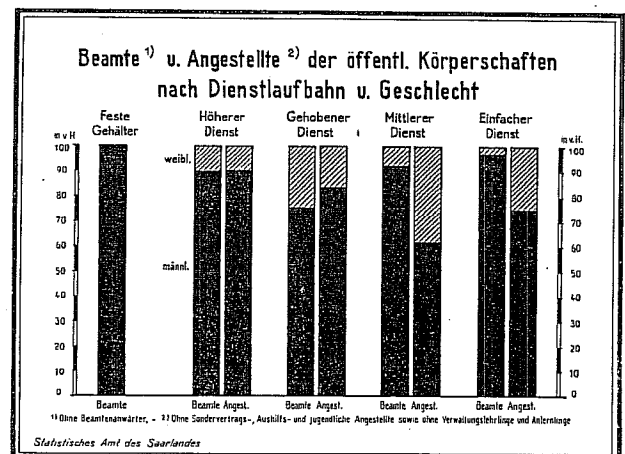
zahlreicher als die Beamten. Die Kommunalverwaltungen beschäftigten annähernd dreieinhalbfach soviel Angestellte wie Beamte.

Reichlich ein Drittel des Personals im öffentlichen Dienst stand im Lohnverhältnis. Die Arbeiter überwogen bei den kreisangehörigen Gemeinden. Auch bei der Eisenbahn gab es Ende 1950 mehr Arbeiter als Beamte. Das Verhältnis hat sich jedoch inzwischen geändert, da nach Inkrafttreten des Gesetzes über die Rechts- und Besoldungsverhältnisse der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Eisenbahn des Saarlandes rund 2000 Beschäftigte, die zwar die Dienststellung und Dienstbezeichnung von Beamten hatten, dienstrechtlich jedoch Arbeiter waren, ins Beamtenverhältnis übernommen wurden. Bei der Stadt Saarbrücken erreichte der Anteil der Arbeiter mit 44,5 v. H. aller Beschäftigten ebenfalls eine beachtliche Höhe. Die hohe Quote der Arbeiter in der Gemeindeverwaltung ergibt sich aus der Vielzahl der kommunalen wirtschaftlichen Unternehmen, Anstalten und öffentlichen Einrichtungen. Dagegen waren die Arbeiter bei der eigentlichen Landesverwaltung nur schwach vertreten.

Betrachtet man das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Beamten, Angestellten und Arbeitern in den einzelnen Verwaltungsbereichen der Staatsverwaltung einschließlich der von diesen beaufsichtigten Körperschaften des öffentlichen Rechts, dann zeigt sich, daß in der Kultus- (84,9 v. H.), Justiz- (60,8 v. H.) und in der inneren Verwaltung (60,8 v. H.) die Beamten überwogen. Hier wirkte sich die Zahl der Lehrer, der Richter und sonstigen Justizbeamten sowie der Polizeibeamten aus. Die geringste Beamtenquote ergab sich — abgesehen von der zahlenmäßig unbedeutenden Landtagsverwaltung — im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit und Wohlfahrt (15,6 v. H.), wo der Anteil der Angestellten mit 63,9 v. H. am höchsten war.

Bei der Kommunalverwaltung lag die Quote der Beamten in allen Verwaltungszweigen unter der der Angestellten oder Arbeiter. In der allgemeinen Verwaltung, der Finanz- und Steuerverwaltung sowie in der Polizeiverwaltung, ferner im Fürsorge-, Kultur- und Gesundheitswesen waren jeweils die Angestellten zahlenmäßig die bedeutendste Gruppe. Bei den öffentlichen Einrichtungen, wirtschaftlichen Unternehmen, im Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen sowie im Schulwesen stand der Großteil der Beschäftigten im Arbeitsverhältnis.

bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts befand sich ein wesentlicher Teil von ihnen zur Ausbildung.



**Die Verteilung der Gehaltsempfänger auf die verschiedenen Besoldungs- und Vergütungsgruppen <sup>1)</sup>**

Besoldungs- und Vergütungsgruppe	Beamte		Angestellte		Beamte und Angestellte	
	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.
Feststehende Gehälter (Besoldungsgruppen B 3 a bis B 10)	24	0,1	—	—	24	0,1
Höherer Dienst (Besoldungsgruppen A 1 a bis A 2 c 2, Vergütungsgruppen TOA I bis III)	965	5,5	350	3,6	1 315	4,8
Gehobener Dienst (Besoldungsgruppen A 2 d bis A 4 c 2, Vergütungsgruppen TOA IV bis VI)	5 793	33,0	1 994	20,3	7 787	28,5
Mittlerer Dienst (Besoldungsgruppen A 4 e bis A 8 a, Vergütungsgr. TOA VII bis VIII)	5 058	28,8	5 893	60,2	10 951	40,0
Einfacher Dienst (Besoldungsgruppen A 8 b bis A 11 a, Vergütungsgruppen TOA IX bis X)	5 728	32,6	1 554	15,9	7 282	26,6
<b>Z u s a m m e n</b>	<b>17 568</b>	<b>100,0</b>	<b>9 791</b>	<b>100,0</b>	<b>27 359</b>	<b>100,0</b>

<sup>1)</sup> Ohne Beamtenanwärter, Sondervertrags- und Aushilfsangestellte, Jugendliche, Verwaltungslehrlinge und Anlernlinge.

Genau zwei Fünftel der Gehaltsempfänger gehörten dem mittleren Dienst an. Je reichlich ein Viertel entfiel auf die gehobene und auf die einfache Laufbahn, während 4,8 v. H. dem höheren Dienst angehörten.

Bei den Beamten lagen die Anteile der im einfachen, mittleren und gehobenen Dienst tätigen Personen jeweils nahe bei 30 v. H. Dabei kam die verhältnismäßig hohe Quote von 32,6 v. H. der Beschäftigten im einfachen Dienst vorwiegend durch die große Zahl der Eisenbahn- und Postbeamten zustande. Läßt man diese außer Betracht, dann ergibt sich, daß die Beamten der gehobenen Laufbahn mit 53,3 v. H. zahlenmäßig überwogen.

Die meisten Angestellten (60,2 v. H.) waren im mittleren Dienst. Daneben gab es mehr Angestellte des gehobenen (20,3 v. H.) als des einfachen Dienstes (15,9 v. H.).

Die unterschiedliche Verteilung der Beamten und Angestellten auf die Besoldungs- und Vergütungsgruppen ergibt sich vor allem daraus, daß die Beamten vornehmlich solche Aufgaben zu erledigen haben, die besondere Rechts-, Verwaltungs- oder sonstige Fachkenntnisse erfordern. Unter den Angestellten ist andererseits die Zahl der Kanzlei-, Registratur- und anderen Hilfskräften relativ groß.

In den einzelnen Verwaltungsbereichen ergaben sich charakteristische Abweichungen von den für die gesamte Verwaltung festgestellten Anteilsätzen für die einzelnen Laufbahnen. Faßt man der Übersichtlichkeit wegen Beamte und Angestellte zunächst zusammen, so entfiel bei der Zentralverwaltung und den ihr angeschlossenen und nachgeordneten Behörden (ohne Bahn und Post) jeweils über die Hälfte der Gehaltsempfänger auf den gehobenen und höheren Dienst. Bei den Körperschaften des öffent-

**Die Verteilung der Gehaltsempfänger der einzelnen Verwaltungsbereiche auf die verschiedenen Laufbahnen**

Verwaltungsbereich	Beamte und Angestellte zusammen									
	Feststehende Gehälter		Höherer Dienst		Gehobener Dienst		Mittlerer Dienst		Einfacher Dienst	
	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.	Anzahl	v. H.
Zentralverwaltung	12	1,5	101	13,1	346	44,9	283	36,7	29	3,8
Angeschlossene und nachgeordnete Behörden ohne Bahn und Post	6	0,1	824	8,2	4 454	44,5	2 741	27,4	1 985	19,8
Bahn und Post	—	—	16	0,2	919	10,4	3 864	43,8	4 015	45,6
Körperschaften des öffentlichen Rechts	6	0,2	183	6,5	715	25,6	1 640	58,6	254	9,1
Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	191	3,9	1 353	27,2	2 423	48,8	999	20,1
<b>Z u s a m m e n</b>	<b>24</b>	<b>0,1</b>	<b>1 315</b>	<b>4,8</b>	<b>7 787</b>	<b>28,5</b>	<b>10 951</b>	<b>40,0</b>	<b>7 282</b>	<b>26,6</b>

lichen Rechts sowie bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden lag das Schwergewicht dagegen bei den Angehörigen der mittleren Laufbahn. Dem gehobenen Dienst gehörten in diesen beiden Verwaltungsbereichen reichlich ein Viertel der Gehaltsbezieher an. Bei der Kommunalverwaltung war daneben ebenso wie bei den der Zentralverwaltung angeschlossenen und nachgeordneten Behörden auch noch die Gruppe der Angehörigen des einfachen Dienstes mit rund einem Fünftel relativ stark vertreten. Eine Sonderstellung nahmen die Eisenbahn und die Post insofern ein, als bei ihnen fast neun Zehntel der Gehaltsempfänger (89,4 v. H.) zum mittleren und einfachen Dienst zählten.

In der Staatsverwaltung ergaben sich auch bei den verschiedenen Verwaltungsbereichen größere Unterschiede in der Besetzung der einzelnen Besoldungs- und Ver-

gütungsgruppen. Gehaltsempfänger des höheren Dienstes waren, wenn man von der Landtagsverwaltung, die zahlenmäßig allerdings kaum ins Gewicht fällt, absieht, relativ am stärksten im Bereich des Justiz- und Kultusministeriums vertreten. Verhältnismäßig unbedeutend war der Anteil der Gehaltsempfänger des höheren Dienstes im Bereich des Wirtschaftsministeriums und des Innenministeriums. Beim Kultus- und Finanzministerium einschließlich der angeschlossenen und nachgeordneten Behörden sowie beim Ministerpräsidium waren die meisten Gehaltsempfänger im gehobenen Dienst. In allen übrigen Verwaltungsbereichen, mit Ausnahme des Ministeriums des Innern, stand jeweils die Mehrzahl der Gehaltsempfänger im mittleren Dienst. Beim Ministerium des Innern waren dagegen wegen der relativ großen Zahl der unteren und in Ausbildung befindlichen Polizeibeamten die meisten Gehaltsempfänger Angehörige des einfachen Dienstes.

**Die Beamten und Angestellten der Staatsverwaltungsbereiche nach Laufbahnen**

Verwaltungsbereich	Beamte und Angestellte zusammen <sup>1)</sup>	Von 100 Beamten und Angestellten der einzelnen Verwaltungsbereiche entfielen auf den			
		höheren	gehobenen	mittleren	einfachen
		Dienst			
Landtagsverwaltung	19	26,3	26,3	47,4	—
Ministerpräsidium	161	8,7	55,3	33,5	2,5
Ministerium des Innern	2 681	1,2	7,5	33,9	57,4
Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt	1 469	9,1	23,3	54,4	13,2
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Ernährung und Landwirtschaft	9 447	1,1	12,1	43,6	43,2
darunter: Bahn und Post	8 814	0,2	10,4	43,8	45,6
Ministerium für Finanzen und Forsten	1 357	5,7	46,6	44,8	2,9
Ministerium der Justiz	729	16,2	18,7	44,8	20,3
Ministerium für Kultus, Unterricht und Volksbildung	3 714	12,3	85,2	1,7	0,8
<b>Zusammen</b>	<b>19 577</b>	<b>4,8</b>	<b>29,2</b>	<b>35,2</b>	<b>30,8</b>

<sup>1)</sup> Ohne die Bediensteten mit feststehenden Gehältern und ohne Beamtenanwärter, Sondervertrags-, Aushilfs- und jugendliche Angestellte sowie ohne Verwaltungslehrlinge und Anlernlinge.

Betrachtet man die Verteilung auf die Besoldungs- und Vergütungsgruppen in den einzelnen Verwaltungsbereichen getrennt für die Beamten und Angestellten, so zeigt sich, daß bei den Beamten im allgemeinen das Schwergewicht jeweils eine Stufe höher lag als bei den Angestellten. In den Zahlen für die Gesamtverwaltung kommt diese in der Arbeitsteilung innerhalb der Verwaltung begründete graduelle Abstufung deswegen nicht zum Ausdruck, weil das Bild durch die besonderen Verhältnisse bei der Eisenbahn und Post verwischt wird.

Die Beamten der Zentralverwaltung gehörten überwiegend dem gehobenen (58,5 v. H.) und dem höheren Dienst (26,6 v. H.) an, während die meisten Angestellten (52,9 v. H.) dieser Behörden in der mittleren Laufbahn gezählt wurden, und der größte Teil der übrigen Angestellten (36,7 v. H.) dem gehobenen Dienst angehörten.

Bei den der Zentralverwaltung angeschlossenen und nachgeordneten Dienststellen (ohne Bahn und Post) war zwar, ebenso wie bei den Ministerien selbst, über die Hälfte der Beamten in der gehobenen Laufbahn, daneben

waren aber die Beamten des einfachen und mittleren Dienstes viel stärker vertreten als bei der Zentralverwaltung selbst. Der große Anteil der Beamten der gehobenen Laufbahn ergab sich vor allem durch die große Zahl der Lehrer. Bei den Angestellten, von denen die meisten der mittleren Laufbahn angehörten, war die Verteilung von der bei der Zentralverwaltung festgestellten insofern verschieden, als die einfache und mittlere Laufbahn stärker vertreten war.

Bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts befand sich über die Hälfte der Beamten im gehobenen Dienst. Daneben war der Anteil der Beamten des höheren Dienstes mit 13,4 v. H. relativ groß. Von den Angestellten der Körperschaften des öffentlichen Rechts gehörten etwa zwei Drittel der mittleren Laufbahn an.

Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden überwogen die Beamten des gehobenen Dienstes (57,2 v. H.). Daneben waren auch die Beamten der mittleren Laufbahn von ziemlicher Bedeutung (28,5 v. H.). Die meisten Angestellten der Kommunalverwaltung (55,4 v. H.) zählten demgegenüber zum mittleren und über ein Viertel zum einfachen Dienst.

### 3. Männer und Frauen im öffentlichen Dienst

Reichlich vier Fünftel der Beschäftigten im öffentlichen Dienst waren Männer. Von ihnen waren 44 v. H. Beamte, 20 v. H. Angestellte und 36 v. H. Arbeiter. Bei der staatlichen Verwaltung einschließlich der Bahn und Post waren unter den männlichen Bediensteten die Beamten mit 55 v. H. zahlenmäßig wesentlich stärker vertreten als in der Kommunalverwaltung. Hier stand von den Männern nur ein Siebtel im Beamtenverhältnis.

Die Angestellten waren unter den männlichen Bediensteten dagegen besonders stark bei der Kommunalverwaltung vertreten. Reichlich zwei Fünftel der bei den Gemein-

den und Gemeindeverbänden beschäftigten Männer waren Angestellte, während der Anteil bei der staatlichen Verwaltung nur ein Zehntel betrug.

In der Kommunalverwaltung war auch der Anteil der Arbeiter an der Gesamtzahl der männlichen Bediensteten mit 46 v. H. sehr hoch. Die meisten Arbeiter waren in den kommunalen wirtschaftlichen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen tätig. Auffallend gering war der Anteil der Arbeiter an der Gesamtzahl der beschäftigten Männer bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Die Frauen in der öffentlichen Verwaltung

Verwaltungsbereich	Von 100 öffentlichen Bediensteten waren Frauen			
	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Zusammen
Staat ohne Bahn und Post	18,9	35,2	30,1	24,7
Eisenbahn und Post	3,5	65,5	5,7	6,6
Körperschaften des öffentlichen Rechts	4,4	38,6	67,3	39,8
Gemeinden und Gemeindeverbände	6,5	19,7	24,5	20,5
Zusammen	10,4	31,8	17,6	18,2

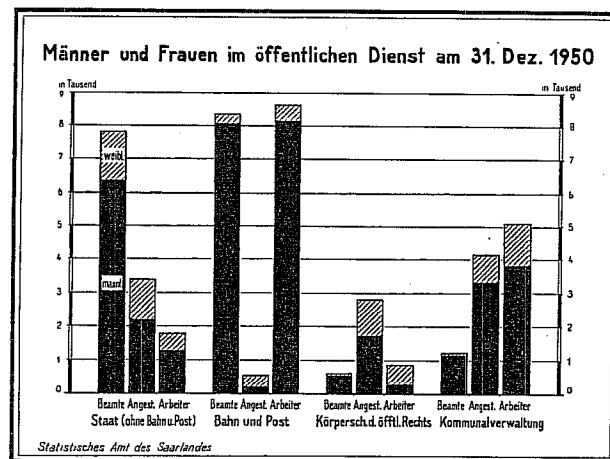
Die Gesamtzahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Frauen belief sich Ende 1950 auf 8 263 oder 18,2 v. H. aller Bediensteten. Bei der Staatsverwaltung (ohne Bahn und Post) waren infolge der großen Zahl der Lehrerinnen fast 25 v. H. der Beschäftigten Frauen. Bei der Kommunalverwaltung betrug der Anteil der Frauen an der Gesamtheit der Bediensteten nur ein Fünftel. Die Frauen waren hier im wesentlichen im Schul-, Gesundheits- und Fürsorgewesen beschäftigt. Unter den Bediensteten der Körperschaften des öffentlichen Rechts waren die Frauen mit fast zwei Fünfteln anteilmäßig am stärksten vertreten. Es handelte sich vornehmlich um die weiblichen Angestellten und Arbeiterinnen bei der Landesversicherungsanstalt, der Saarknappschaft und ihren Einrichtungen.

Vergleicht man den Anteil der Frauen im öffentlichen Dienst mit dem entsprechenden Anteil in der Gesamtwirtschaft, so ergibt sich daß Ende 1950 rund 56 000 Frauen, das waren 18,5 v. H. aller in abhängiger Stellung Beschäftigten, im öffentlichen Dienst tätig waren. Dies zeigt, daß der öffentliche Dienst den Frauen praktisch nicht mehr Beschäftigungsmöglichkeiten bietet als die private Wirtschaft. Im Gegensatz zu früher dürfte die Beschäftigung von Frauen im öffentlichen Dienst allerdings etwas zugenommen haben. Genaue Unterlagen liegen jedoch lediglich für den Bereich der Eisenbahn und Post vor. Während 1935 unter den Bediensteten der Eisenbahn und Post nur rund 4 v. H. weibliche Arbeitskräfte waren, betrug der Anteil Ende 1950 knapp 7 v. H.

Auch im öffentlichen Dienst übt die Frau nur einige wenige Berufe aus, die ihren Anlagen und Neigungen besonders entsprechen. Die Zahl der weiblichen Beamten ist relativ gering. Von der Gesamtzahl der Beamten waren 1 884 oder reichlich ein Zehntel Frauen. Der Anteil hat in den letzten 15 Jahren nur unbedeutend zugenommen. Nach der Berufszählung von 1935 waren von den rund 15 500 Beamten 1 450 oder 9,3 v. H. Frauen.

Der Beruf des Verwaltungsbeamten ist fast ausschließlich den Männern vorbehalten. Die 1 884 Beamtinnen waren

überwiegend Lehrkräfte, insbesondere an den Volksschulen. In den Lehrberuf ist die Frau in den letzten Jahrzehnten zahlenmäßig etwas stärker vorgedrungen. Ende 1950 waren von den rund 2 700 Lehrkräften an den saarländischen Volksschulen 1 200 oder fast 45 v. H. Frauen. Darüber hinaus wurden noch rund 250 weitere beamtete weibliche Lehrkräfte an den Berufs- und höheren Schulen gezählt. Neben dem Kultusministerium beschäftigte lediglich die Post eine etwas größere Zahl weiblicher Beamten. Angesichts der großen Zahl der Lehrerinnen gehörten die weiblichen Beamten im Gegensatz zu den männlichen zum



weitau größten Teil dem gehobenen Dienst an. Die rund 100 Beamtinnen der höheren Laufbahn dürften in erster Linie Ärztinnen und weibliche Studienräte gewesen sein.

Die meisten Frauen im öffentlichen Dienst, nämlich rund 3 500, waren als Angestellte tätig, so daß der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Angestellten im öffentlichen Dienst mit knapp einem Drittel beträchtlich höher als derjenige der Beamtinnen und Arbeiterinnen war. Im Gegensatz zu den weiblichen Beamten verteilen sich die weiblichen Angestellten gleichmäßiger auf die einzelnen Verwaltungsbereiche und außerdem auf eine größere Zahl von

Berufen. Vorherrschend war der Beruf der Stenotypistin, den ein Großteil der relativ zahlreichen weiblichen Angestellten in den Hoheits- und Kammereiverwaltungen ausübt. Darüber hinaus sind die Frauen aber teilweise auch als Sachbearbeiterinnen in der Verwaltung tätig, was sich zum Teil aus dem Umstand erkennen läßt, daß beim Wirtschafts- und Kultusministerium einschließlich der angeschlossenen und nachgeordneten Dienststellen fast ebenso viele weibliche wie männliche Angestellte beschäftigt wurden. Eine besondere Domäne der Frau im öffentlichen Dienst sind die Berufe des Fürsorge- und Gesundheitswesens. Daher war auch die Zahl der weiblichen Angestellten im Bereich des Ministeriums für Arbeit und Wohlfahrt und den von diesem beaufsichtigten Körperschaften des öffentlichen Rechts weitaus am größten. Von den insgesamt rund 2 700 weiblichen Angestellten der Staatsverwaltung und der Körperschaften des öffentlichen Rechts war die Hälfte im Verwaltungsbereich dieses Ministeriums tätig. Es handelte sich dabei in der Hauptsache um Fürsorgehelferinnen, Schwestern, Kindergärtnerinnen, Säuglingspflegerinnen usw., die in den öffentlichen Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens ange-

stellt waren. Auch in der Kommunalverwaltung war ungefähr die Hälfte der insgesamt 821 weiblichen Angestellten in den Verwaltungszweigen Fürsorgewesen, Jugendhilfe und Gesundheitswesen tätig.

Reichlich ein Drittel der im öffentlichen Dienst beschäftigten Frauen standen im Lohnverhältnis. Es handelte sich im wesentlichen um Reinemachefrauen, Küchenpersonal und sonstige Hilfskräfte. Bei der Staatsverwaltung gab es die meisten Arbeiterinnen im Bereich des Wirtschaftsministeriums, und zwar insbesondere bei der Eisenbahn und Post. Bei der Kommunalverwaltung betrug der Anteil der weiblichen Kräfte an der Gesamtzahl der Arbeiter rund ein Viertel. Arbeiterinnen wurden in allen Verwaltungszweigen der Kommunalverwaltung beschäftigt. Die überwiegende Zahl war in den Schulen als Reinemachefrauen tätig. Besonders hoch war der Anteil der Arbeiterinnen bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts. Da in den Krankenhäusern und sonstigen öffentlichen Einrichtungen zahlreiches Küchen- und sonstiges Hilfspersonal benötigt wird, betrug der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeiter bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts sogar nahezu zwei Drittel.

#### 4. Die Altersgliederung

Von den Bediensteten einschließlich der Arbeiter gehörten relativ viele den oberen Altersklassen an. Rund ein Viertel aller Beschäftigten war über 50 Jahre alt. Bei weitem überwogen die älteren Jahrgänge der männlichen Beamten, von denen fast 60 v. H. über 40 Jahre alt waren. Im höheren Dienst gehörten vier Fünftel zu diesen Altersklassen, und 43,2 v. H. standen im Alter von über 50 Jah-

ren. In der gehobenen Laufbahn betrug der Anteil der über 40-jährigen 63 v. H., im mittleren Dienst erreichte die entsprechende Quote sogar nahezu 75 v. H. und fast die Hälfte aller Beamten dieser Laufbahn war über 50 Jahre alt. Nur im einfachen Dienst zeigte sich die Verteilung einigermaßen ausgeglichen.

Die Gliederung der öffentlichen Bediensteten nach dem Alter

Stellung im Beruf und Geschlecht		Von 100 Bediensteten waren			
		bis zu 30 Jahren	über 30 bis 40 Jahre	über 40 bis 50 Jahre	über 50 Jahre
Beamte	männlich	17,7	22,9	27,6	31,8
	weiblich	24,2	21,0	21,8	33,0
Angestellte	männlich	34,5	27,4	21,5	16,6
	weiblich	56,7	19,7	15,6	8,6
Arbeiter	männlich	30,1	21,7	25,4	22,8
	weiblich	31,4	19,8	27,1	21,7
Z u s a m m e n		28,3	22,8	24,7	24,2

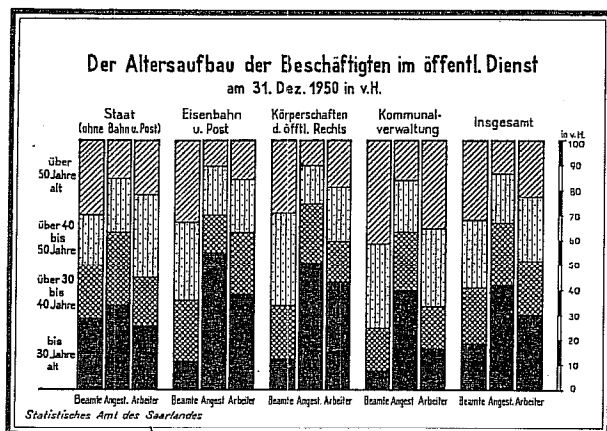
Am meisten überaltert waren die Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände, von denen fast drei Viertel im Alter von über 40 und zwei Fünftel im Alter von über 50 Jahren standen. Bei der staatlichen Verwaltung erscheint das Bild nur wegen der großen Zahl der jüngeren Bahn-, Polizei- und Postbeamten des einfachen Dienstes etwas günstiger.

Im Hinblick auf die Überalterung der Beamten dürfte die Zahl derjenigen, die als Beamtenanwärter oder Verwaltungslehrlinge in der Ausbildung für den Beamtenberuf standen, selbst dann viel zu gering sein, wenn die ausscheidenden Kräfte teilweise auch durch die Übernahme bewährter Angestellter in das Beamtenverhältnis ersetzt werden sollten.

Bei normalem Altersaufbau des Personals scheiden jährlich durch Erreichen der Altersgrenze, durch Dienstunfähigkeit oder Tod erfahrungsgemäß etwa 3,5 v. H. der Bediensteten aus. Zum vollen Ausgleich dieser regelmäßigen Minderung des Personalbestandes müßte bei einer Ausbildungszeit von drei Jahren jeweils ein Zehntel der Bediensteten an Nachwuchs verfügbar sein. Angesichts der derzeitigen Überalterung des Personals, insbesondere der Beamtenjahrgänge, wäre eine entsprechend höhere Quote anzusetzen. Es ist freilich zu berücksichtigen, daß ein Teil der Ausfälle durch die Einstellung von Personen ausgeglichen wird, die nicht aus der Verwaltung hervorgehen.

Bei den männlichen Angestellten war die Altersgliederung wesentlich vorteilhafter als bei den Beamten. Ins-

besondere im einfachen und mittleren Dienst war die Gruppe der bis zu 30-jährigen verhältnismäßig gut besetzt, und wenn in der gehobenen Laufbahn die meisten Ange-



stellten zwischen 30 und 50 Jahren alt waren, so ist dies als natürliche Konsequenz des Aufstiegs aus den unteren Laufbahnen anzusehen.

## 5. Die Beschäftigten nach der Vorbildung

Von sämtlichen Angehörigen des öffentlichen Dienstes haben über drei Viertel ausschließlich die Volksschule besucht. Bei den Beamten betrug der entsprechende Anteil drei Fünftel. Etwa ein Viertel der Beamten hatte zuletzt eine höhere Schule besucht, allerdings war nur ein Siebentel dieser ehemaligen Schüler höherer Lehranstalten im Besitz des Reifezeugnisses. Weitere 12 v. H. der Beamten

Bei den männlichen Arbeitern war die Altersgliederung nur deswegen verhältnismäßig ausgeglichen, weil im Bereich der Staatsverwaltung von Eisenbahn und Post auch viele jüngere Arbeiter beschäftigt wurden. Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden waren dagegen fast 70 v. H. der männlichen Arbeiter über 40 Jahre alt und 37,4 v. H. standen im Alter von über 50 Jahren. Ähnlich war die Altersgliederung der Arbeiter bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Die in der Verwaltung tätigen Frauen wiesen eine ganz andere Altersstruktur auf als das männliche Personal. Über 45 v. H. der weiblichen Gehaltsempfänger waren unter 30 Jahre alt. Dies ist darauf zurückzuführen, daß viele weibliche Angestellte nur bis zur Heirat im öffentlichen Dienst tätig sind und dann wieder durch Nachwuchskräfte ersetzt werden. Der große Anteil der Arbeiterinnen im Alter bis zu 30 Jahren erklärt sich daraus, daß außer den Reinemachefrauen auch das Küchenpersonal und die Stationshilfen in den Krankenhäusern der Körperschaften des öffentlichen Rechts im Lohnverhältnis beschäftigt wurden.

hatten Fach- oder Hochschulbildung und 1 339 davon konnten ein abgeschlossenes Hochschulstudium nachweisen.

Im einfachen und mittleren Dienst hatten rund neun Zehntel aller Beamten lediglich die Volksschule besucht. In der gehobenen Laufbahn dominierten die Besucher höherer Lehranstalten, und von den Beamten des höheren Dienstes waren 87,7 v. H. auf einer Hochschule gewesen.

Das Personal des öffentlichen Dienstes nach Vorbildung und Verwaltungsbereich

Verwaltungsbereich	Von 100 Beschäftigten der einzelnen Verwaltungsbereiche kamen von der				
	Volks-	Mittel-	Höheren	Fach-	Hoch-
	Schule				
Staat ohne Bahn und Post	50,8	3,6	30,2	4,4	11,0
Eisenbahn und Post	90,8	1,7	5,2	2,1	0,2
Körperschaften des öffentlichen Rechts	68,1	4,6	17,2	1,7	8,4
Gemeinden und Gemeindeverbände	85,0	2,6	5,9	4,7	1,8
Z u s a m m e n	75,7	2,7	13,8	3,3	4,5

Bei den Angestellten war der Anteil der ehemaligen Volksschüler im einfachen und mittleren Dienst etwas geringer als bei den Beamten. Dafür hatten aber auch 43,4 v. H. der im gehobenen Dienst beschäftigten Angestellten nur die Volksschule besucht. Im übrigen waren die ehemaligen Mittelschüler mit 6 v. H. aller Angestellten vertreten, und die Angehörigen der verschiedenen Laufbahnen verteilten sich mehr als bei den Beamten auf die Absoluten aller Schulgattungen.

Unter den Arbeitern haben nur 1,7 v. H. eine Mittel-, höhere oder Fachschule besucht.

Bei der Staatsverwaltung (ohne Bahn und Post) waren die Anteile der Beschäftigten mit höherer, Fach- oder Hochschulbildung wesentlich größer als bei der Gemeindeverwaltung und den Körperschaften des öffentlichen Rechts. Etwa die Hälfte der Beschäftigten der Zentralverwaltung hatten ausschließlich Volksschulbildung. Dagegen hatten neun Zehntel des Personals der Eisenbahn und Post und 85 v. H. der Bediensteten der Kommunalverwaltung nur die Volksschule besucht. Während 30,2 v. H. der Beschäftigten der Staatsverwaltung eine höhere Schule besucht hatten, betrug dieser Anteil bei den Gemeinden nur 5,9 v. H. und bei der Eisenbahn und Post 5,2 v. H.

## 6. Die Schwerbeschädigten im öffentlichen Dienst

Wie die Privatwirtschaft soll auch die öffentliche Verwaltung nach der Verordnung vom 27. 12. 45 <sup>1)</sup> 10 v. H. der verfügbaren Arbeitsplätze mit Personen besetzen, die infolge einer Dienstbeschädigung, politischer Verfolgung

oder Unfall um mindestens 50 v. H. in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind.

Ende 1950 wurden 3 238 Schwerbeschädigte im öffentlichen Dienst beschäftigt, das waren 7,1 v. H. aller Bediensteten. Der Anteil der Versehrten betrug bei den Kommunalverwaltungen 9,5 v. H., bei der Staatsverwaltung

<sup>1)</sup> Verordnung über die Abänderung der Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Schwerbeschädigten vom 13. 2. 1924 (ABl. 1946, S. 10)

6,5 und bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts 6 v. H. Von den Beamten waren 5,3 v. H., von den Angestellten 11,7 und von den Arbeitern 6,1 v. H. Schwerbeschädigte. Wenn das vorgesehene Soll nicht in allen Fällen erreicht wurde, so ist zu berücksichtigen, daß es viele Tätigkeitsgebiete gibt, auf denen Schwerbeschädigte überhaupt nicht oder nur ausnahmsweise eingesetzt werden können. Das gilt z. B. für die Bereiche der Eisenbahn und der Polizei. Sehr viele Aufgaben, die von den Arbeitern des öffentlichen Dienstes erfüllt werden, können von Schwerbeschädigten nicht wahrgenommen werden. In anderen Fällen kann auf den Nachweis der erforderlichen Vorbildung nicht verzichtet werden, so z. B. im Schuldienst. Gewisse Schwierigkeiten bei der Unterbringung Schwer-

beschädigter ergeben sich auch daraus, daß es viele kleine Dienststellen gibt, auf die der Satz von 10 v. H. nicht angewandt werden kann.

Von den beschäftigten Verwehrten waren zwei Fünftel Angestellte und je drei Zehntel Beamte und Arbeiter. Von den Beamten und Angestellten gehörte der größte Teil (44,4 v. H.) dem mittleren und ein großer Teil (27,4 v. H.) dem einfachen Dienst an. Dies dürfte seinen Grund vorwiegend darin haben, daß viele dieser Personen früher einen anderen Beruf ausübten und lediglich ihrer Beschädigung wegen in die öffentliche Verwaltung eingestellt wurden. Die im Lohnverhältnis beschäftigten Schwerbeschädigten waren hauptsächlich als Boten oder Pfortner und dergleichen tätig.

## 7. Die Beschäftigten nach dem Dienst Eintritt vor und nach dem 8. Mai 1945

Um einen Anhaltspunkt für die durch den Krieg und seine Folgen, vor allem aber durch die Entnazifizierung bewirkten Umschichtungen des Personals zu gewinnen, wurde bei der Erhebung auch die Zahl der vor und der nach dem 8. Mai 1945 eingestellten Kräfte erfragt. Die wieder übernommenen epurierten Kräfte galten nicht als neu eingetreten.

Insgesamt wären fast zwei Fünftel der Beschäftigten nach dem 8. Mai 1945 erstmals in den öffentlichen Dienst übernommen worden. Bei den Beamten betrug die Quote nur 19 v. H. Der verhältnismäßig geringe Anteil erklärt sich teilweise dadurch, daß anstelle der nicht wiederverwendeten Beamten zunächst Angestellte eingesetzt worden sind, die in vielen Fällen die für eine Ernennung zum Beamten erforderliche Ausbildung nicht hatten. Über die Hälfte der Angestellten und fast die Hälfte der Arbeiter waren erst in der Nachkriegszeit eingestellt worden. Zum Teil war die hohe Quote der Neueingestellten bei den Angestellten auch dadurch begründet, daß für die Erledigung der ihrer Natur nach vorübergehenden Kriegsfolgenaufgaben überwiegend Angestellte eingesetzt wurden. Von den Arbeitern war ungefähr die Hälfte über 40 Jahre alt, weshalb anzunehmen ist, daß seitens verschiedener Behörden in erheblichem Ausmaß ältere Personen neu ins Lohnverhältnis übernommen worden sind.

Bei der staatlichen Verwaltung erreichte der Anteil der Neueingestellten etwa ein Drittel, bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden die Hälfte und bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts fast 60 v. H. Daß durchschnittlich vier Fünftel der Beamtenanwärter, Verwaltungslehrlinge und Anlernlinge, der Sondervertrags-, Aushilfs- und jugendlichen Angestellten erst nach dem Kriege in den öffentlichen Dienst aufgenommen wurden, entsprach der normalen Entwicklung. Außergewöhnlich hoch waren dagegen die Neuzugänge an Beamten und Angestellten der höheren Laufbahnen. Bei den neu in den höheren Dienst übernommenen Beamten handelte es sich vor allem um Studienräte, Diplomingenieure, Ärzte, Amtsvorsteher sowie um Personen in leitender Funktion innerhalb des Ministerialbereiches für Arbeit und Wohlfahrt, hier besonders bei der Landesversicherungsanstalt und Saarknappschaft. Ein starker Neuzugang ergab sich auch bei den Volksschullehrern, von denen nahezu ein Drittel erst in den Nachkriegsjahren beruflich tätig wurde, und besonders bei der Polizei. Über zwei Drittel des Personals der Polizei, darunter 94 v. H. der Wachtmeister, sind erst nach dem Kriege eingetreten. Die meisten Neuzugänge an Arbeitern (80 v. H.) hatten die Körperschaften des öffentlichen Rechts, gegenüber 54 v. H. im kommunalen und 40 v. H. im staatlichen Sektor.

## C. Zeitliche und regionale Vergleichsmöglichkeiten

Ein exakter Vergleich der Ergebnisse der Erhebung über den Personalstand im öffentlichen Dienst mit denen früherer Jahre ist nicht möglich, weil Unterlagen über die im Laufe der Zeit eingetretenen organisatorischen Veränderungen, wie Auflösung, Neugründung, Verkleinerung und Erweiterung von Dienststellen fehlen, und weil außerdem bei früheren Erhebungen die Zahl der Angestellten überhaupt nicht oder nur zum Teil erfaßt wurde. Zur Gegenüberstellung mit früheren Ergebnissen können nur einige wenige Gesamtzahlen herangezogen werden.

Aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg liegen außer den Ergebnissen der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 19. Juli 1927 und einer teilweisen Erfassung der kommunalen Beamten und Angestellten nach dem Stande vom 31. März 1936 sowie einer Ermittlung sämtlicher Gehaltsempfänger der Gemeinden, Ämter und Kreisverbände des Saarlandes mit Stichtag vom 31. März 1937 keine weiteren brauchbaren Unterlagen über das Personal im öffentlichen Dienst vor. Faßt man nach der Erhebung vom Jahre 1927 die Angehörigen derjenigen Wirtschaftszweige zusammen,

bei denen man ausschließlich oder doch überwiegend öffentliche Bedienstete vermutet, so kommt man auf über 32 000 Personen. In dieser Zahl sind allerdings auch die Personen einbegriffen, die bei den Versorgungsbetrieben mit eigener Rechtspersönlichkeit tätig waren. Läßt man diese außer Betracht, dann dürfte die Gesamtzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst seit 1927 sogar um mehr als zwei Fünftel zugenommen haben, während sich die Bevölkerung in der gleichen Zeit nur um etwa ein Fünftel vergrößert hat. Die Zunahme des Personals im öffentlichen Dienst ist vor allem auf die stets fortschreitende Erweiterung der Zuständigkeit der politischen Gemeinwesen zurückzuführen und wurzelt letzten Endes in der Natur des modernen Rechts-, Sozial- und Kulturstaates, dem in dieser Eigenschaft laufend neue Aufgabengebiete zufallen. Während des Krieges erforderten die Zwangsbewirtschaftung und sonstige Sonderaufgaben einen zusätzlichen Verwaltungsapparat. Die nach dem Krieg eingetretene Umwälzung im politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben stellte die Behörden vor weitere neue Aufgaben. Die Behebung der Kriegsfolgelasten, Besatzung,



Entnazifizierung, Enttrümmerung, Wohnungswesen, Wiederaufbau- und Wirtschaftsplanung, Kriegsofopferbetreuung usw. erforderten zusätzliche Kräfte. Für das Ansteigen der Beschäftigtenzahl in der öffentlichen Verwaltung dürfte schließlich im Saarland nicht zuletzt der Bevölkerungszuwachs und die Gebietserweiterung von Bedeutung gewesen sein, durch die auch die Anforderungen an die behördliche Tätigkeit größer geworden sind.

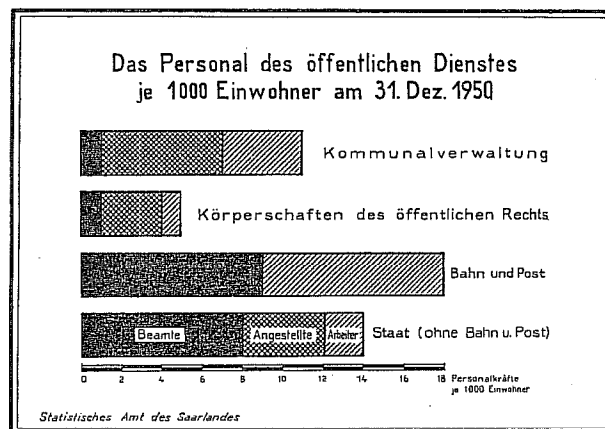
Exakte Unterlagen über die Veränderung des Personalstandes in den einzelnen Verwaltungsbereichen liegen nur für die Eisenbahn und Post vor. Bei der Eisenbahn waren 1927 rund 14 300 Personen, Ende 1950 dagegen nur 13 700 Kräfte beschäftigt. Bei der Post hat sich indessen die Zahl der Bediensteten von 2 272 auf 3 854 erhöht, was in erster Linie aus der überaus starken Zunahme der Zahl der Arbeiter zu erklären ist. Während deren Anteil an der Gesamtheit der Postbediensteten im Jahre 1927 nur ein Zehntel betrug, belief er sich Ende 1950 auf über ein Drittel. Ausscheidende Beamte wurden in größerem Umfange durch Personal im Lohnverhältnis ersetzt. Ferner hat sich die Zahl der Arbeiter erhöht durch die Neueinführung der Kraftpostlinien, durch die Errichtung einer Bezirkswerkstatt zur Instandsetzung der Kraftwagen, durch Vermehrung der Telegrafengebäude und durch die infolge der Verkehrszunahme bedingten Erhöhung des Zustellpersonals, das erst nach langjähriger Dienstzeit beamtet wird.

An Hand der verfügbaren Vergleichsunterlagen lassen sich noch einige bemerkenswerte Einzelheiten in der Entwicklung des Personalstandes im öffentlichen Dienst feststellen. So ging bei der Kommunalverwaltung die Zahl der Beamten gegenüber der Vorkriegszeit auffallend zurück, während die Zahl der Angestellten sehr stark zugenommen hat. Diese Entwicklung wurde nicht erst durch die außergewöhnlichen Verhältnisse des Krieges und der Nachkriegsjahre ausgelöst, sondern dadurch nur begünstigt. Im wesentlichen spiegelt sich in ihr die schon seit langem beobachtete Tendenz wider, das beweglichere Vertragsverhältnis der Angestellten dem gebundeneren der Beamten vorzuziehen.

Eine überraschende Veränderung ergab sich bei den Gemeinden mit 10 001 bis 50 000 Einwohnern hinsichtlich der Verteilung der Beamten auf die Besoldungsgruppen. 1936 entfielen beispielsweise auf den höheren und den gehobenen Dienst etwa je ein Drittel der Beamten dieser Gemeinden. 1950 waren dagegen nur 6,8 v. H. ihrer Beamten im höheren, jedoch mehr als die Hälfte im gehobenen Dienst.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Volks-, Betriebs- und Berufszählung von 1927 dürfte sich der Anteil der beschäftigten Frauen in der Verwaltung in den letzten

25 Jahren erhöht haben. Bemerkenswert ist auch die zunehmende Überalterung des Personals. Im Gegensatz zu dem heutigen Stand waren im Jahre 1927 schätzungsweise



über drei Fünftel der öffentlichen Bediensteten unter 40 Jahre alt. Das Schwergewicht dürfte durchschnittlich sogar bei den Gruppen unter 30 Jahren gelegen haben.

Regionale Vergleichsmöglichkeiten über die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ergeben sich praktisch nur unter Zugrundelegung der deutschen Statistiken. Von anderen Nachbargebieten existieren weder entsprechende Übersichten über den Personalstand, noch läßt die abweichende Verwaltungsorganisation sinnvolle Gegenüberstellungen zu. Aber auch bei Vergleichen mit Ergebnissen aus deutschen Quellen muß die unterschiedliche Aufgabenverteilung zwischen Staat, Ländern und Gemeinden besonders berücksichtigt werden. Zweckmäßigerweise faßt man daher die Beschäftigten aller Gebietskörperschaften zusammen. Außerdem ist der zu vergleichende Personenkreis möglichst genau abzugrenzen. Zur Ausschaltung des Einflusses des Ländergrößen wird die Zahl der Bediensteten auf die Einwohnerzahl bezogen.

Bei einem Vergleich des durch die Erhebung vom 31. Dezember 1950 im Saarland erfaßten Personals im öffentlichen Dienst mit demjenigen, das in der Deutschen Bundesrepublik am 2. September 1950 ermittelt wurde, muß berücksichtigt werden, daß bei der Erhebung in der Bundesrepublik im Gegensatz zu derjenigen im Saarland, die Beschäftigten aller wirtschaftlichen Unternehmen der öffentlichen Hand einbezogen wurden, also sowohl die der Regiebetriebe wie auch die der Eigengesellschaften. Im folgenden sind die Zahlen entsprechend bereinigt und außerdem die Beschäftigten der Körperschaften des öffentlichen Rechts außer Betracht gelassen, weil im Saarland und der Bundesrepublik für die gleichen Einrichtungen nicht immer die gleiche Rechtsform gewählt wurde.

**Die Beschäftigten in den öffentlichen Verwaltungen und in Betrieben  
der Deutschen Bundesrepublik und des Saarlandes gegen Ende 1950**

Verwaltungsbereich	Deutsche Bundesrepublik		Saarland	
	absolut	je 1 000 Einwohner	absolut	je 1 000 Einwohner
Staat (Ohne Bahn und Post)	650 600	13,6	13 100	13,8
Bahn	525 429	11,0	13 700	14,4
Post	259 196	5,4	3 854	4,1
Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>1)</sup>	541 047	11,3	10 460	11,0
<b>Z u s a m m e n</b>	<b>1 976 272</b>	<b>41,3</b>	<b>41 114</b>	<b>43,3</b>

<sup>1)</sup> Einschließlich wirtschaftlicher Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Die Zahl der Beschäftigten in der Hoheits- und Kämmererverwaltung war in der Bundesrepublik und im Saarland mit knapp 25 auf 1 000 Einwohner fast gleich groß. Lediglich der Beschäftigtenstand von Bahn und Post zeigte gewisse Abweichungen.

Die Gliederung des Personals nach dem Anstellungsverhältnis entsprach im Saarland im allgemeinen derjenigen des Bundesgebietes. Innerhalb der Verwaltungsbereiche ergaben sich allerdings gewisse Unterschiede. Während die saarländische Staatsverwaltung einschließlich Bahn und Post verhältnismäßig mehr Beamte als die entsprechenden Behörden der Bundesrepublik beschäftigte, waren in der Bundesrepublik die Beamten in der Kommunalverwaltung relativ stärker vertreten. In der Hoheitsverwaltung der Bundesrepublik und bei der Bundespost gab es demgegenüber anteilmäßig mehr Angestellte als in den entsprechenden saarländischen Verwaltungsbereichen. Der Anteil der Arbeiter war bei der saarländischen Post und Kommunalverwaltung größer als bei den entsprechenden Behörden in der Bundesrepublik. In beiden Gebieten waren die Anteile der kommunalen Angestellten und der beim Staat beschäftigten Arbeiter annähernd gleich.

Eine Gegenüberstellung des Personals, gegliedert nach seiner Zugehörigkeit zu den einzelnen Besoldungs- und Vergütungsgruppen, ergibt, daß im Bundesgebiet der Anteil der Beamten im höheren und mittleren Dienst größer war als an der Saar. Dagegen beschäftigte die saarländische Verwaltung relativ mehr Beamte als die westdeutsche Verwaltung im gehobenen und besonders im einfachen Dienst. Die Verteilung der Angestellten auf die einzelnen Vergütungsgruppen stimmte in beiden Gebieten weitgehend überein.

Die Altersstufen, wie sie vom Statistischen Bundesamt bei der Personalstandserhebung vom 2. September 1950 unterschieden wurden, sind von den im Saarland gewählten verschieden. Trotzdem lassen die Zahlen erkennen, daß auch in Westdeutschland die meisten Bediensteten den mittleren und oberen Altersjahrgängen angehörten, und daß insbesondere die Gruppe der Beamten beträchtlich überaltert war.

Von den Beschäftigten der Hoheits- und Kämmererverwaltungen (ohne Lehrpersonen) waren im Saarland und in der Bundesrepublik je über ein Fünftel Frauen. Der Anteil der weiblichen Kräfte betrug im Saarland bei den Beamten 4,1 v. H., bei den Angestellten 25,5 v. H. und bei den Arbeitern 31,8 v. H. Die entsprechenden Prozentsätze beliefen sich in der Bundesrepublik auf 3,6 bzw. 35,4 und 21,5 v. H.

Die Gliederung der Versorgungsgeldempfänger und ihre Verteilung auf die einzelnen Verwaltungsbereiche war im großen und ganzen in beiden Gebieten ungefähr gleich.

Während im Saarland 7,7 v. H. aller Bediensteten der Hoheits- und Kämmererverwaltungen Schwerbeschädigte waren, betrug der Anteil in der Bundesrepublik etwas mehr als 6 v. H. Von den Versicherten beschäftigte man in der Bundesrepublik ein Drittel als Beamte, über die Hälfte als Angestellte und etwa 13 v. H. als Arbeiter. Die entsprechenden Anteile beliefen sich im Saarland auf ein Viertel, rund drei Fünftel und 15,4 v. H. Die Werte dürften sich stark verändern, wenn man die bei der Bahn und Post sowie bei den Körperschaften des öffentlichen Rechts eingesetzten Kräfte berücksichtigt. Leider liegen aus dem Bundesgebiet keine Angaben vor, die einen Vergleich zulassen.

## D. Die Versorgungsgeldempfänger

Zu den Angehörigen der öffentlichen Verwaltung im weiteren Sinne sind auch die Empfänger von Versorgungsgeldern zu rechnen. Sie stehen zwar nicht mehr im aktiven

Dienst, haben aber auf Grund einer früheren Tätigkeit einen Anspruch auf persönliche Bezüge aus öffentlichen Mitteln.

**Die Versorgungsgeldempfänger  
der öffentlichen Verwaltung**

Art der Versorgungsgeldempfänger	Insgesamt	
	absolut	v. H.
Ruhegehalts-, Ruhegeld- und Ruhelohnempfänger		
Beamte	7 542	48,3
Angestellte	222	1,4
Arbeiter	279	1,8
Zusammen	8 043	51,5
Witwen- und Waisengeldempfänger von		
Beamten	6 808	43,6
Angestellten	315	2,0
Arbeitern	355	2,3
Zusammen	7 478	47,9
Empfänger von Unterhaltsbezügen		
Beamte	104	0,6
Versorgungsgeldempfänger insgesamt	15 625	100,0

Durch die Erhebung vom 31. Dezember 1950 wurden im ganzen 15 625 Personen erfaßt, die als ehemalige öffentliche Bedienstete oder als deren Hinterbliebene Versorgungsgelder irgendwelcher Art erhielten. Ihre Zahl entsprach rund einem Drittel der zum gleichen Zeitpunkt in der Verwaltung Beschäftigten. Der Kreis der Versorgungsgeldempfänger dürfte angesichts der Überalterung des Personals im öffentlichen Dienst in der Zukunft noch größer werden. Vergleichsweise sei angeführt, daß die Zahl der Versorgungsgeldempfänger im Deutschen Reich im Jahre 1930 etwa einem Viertel der aktiven Bediensteten entsprach.<sup>1)</sup> Es ist allerdings zu beachten, daß sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Beamten und Angestellten seitdem wesentlich geändert hat, was insofern von großem Einfluß auf die Zahl der Versorgungsgeldempfänger ist, als deren Hauptkontingent von den Beamten und ihren Hinterbliebenen gestellt wird.

Die meisten Versorgungsgeldbezieher waren pensionierte Beamte (7 542) sowie Witwen und Waisen (6 808) von verstorbenen Beamten. Im gemeindlichen Bereich und bei verschiedenen Körperschaften des öffentlichen Rechts war auch eine kleinere Zahl von Angestellten und Arbeitern sowie von Hinterbliebenen solcher Bediensteten vertreten, die eine — wohl zumeist zusätzliche — Versorgung aus den Kassen ihres früheren Arbeitgebers erhielten. Eine relativ geringfügige Quote bildeten die Empfänger

von Unterhaltsbezügen. Es waren dies Personen, denen nur ein Teil des erdienten Ruhegehaltes gewährt wurde, und zwar weil entweder ihr ehemaliger Dienstherr infolge des Zusammenbruches des Reichs oder durch den Verlust deutschen Gebietes nicht mehr vorhanden war, oder weil ihnen durch Spruchkammerurteil nur ein gewisser Prozentsatz der Pension ausbezahlt werden durfte. Empfänger von

Wartestandsbezügen, d. h. Beamte, die in den einstweiligen Ruhestand versetzt sind, gab es Ende Dezember 1950 im Saarland nicht.

Unter den einzelnen Verwaltungsbereichen hatte die Eisenbahn verhältnismäßig am meisten Versorgungsgeldempfänger. Auf hundert Bedienstete kamen Ende 1950

**Die Versorgungsgeldempfänger nach Arten und Körperschaften**

Art der Versorgungsgeldempfänger	Staat 1)		Eisenbahn		Post		Körperschaften des öffentlichen Rechts		Kommunalverwaltung	
	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.	absolut	v. H.
Ruhegehalts-, Ruhegeld- u. Ruhe Lohnempfänger	2 229	49,0	3 505	54,6	670	50,4	145	44,6	1 494	49,8
Witwen- und Waisengeldempfänger	2 243	49,3	2 899	45,1	653	49,1	180	55,4	1 503	50,2
Empfänger von Unterhaltsbezügen	79	1,7	19	0,3	6	0,5	—	—	—	—
<b>Z u s a m m e n</b>	<b>4 551</b>	<b>100,0</b>	<b>6 423</b>	<b>100,0</b>	<b>1 329</b>	<b>100,0</b>	<b>325</b>	<b>100,0</b>	<b>2 997</b>	<b>100,0</b>

1) Ohne Bahn und Post.

annähernd 47 Versorgungsgeldempfänger. Beim Staat entsprach die Zahl der Bezieher von Versorgungsgeld 34,7 v.H., bei der Post 34,5 v. H. und bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden 28,7 v. H. des aktiven Personals.

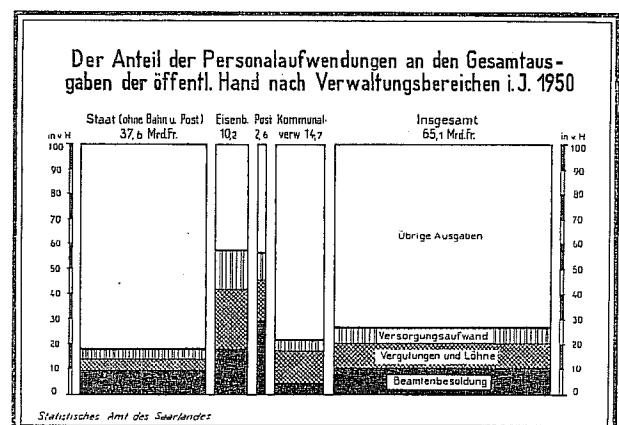
Bei der staatlichen Verwaltung, der Kommunalverwaltung und den Körperschaften des öffentlichen Rechts waren die einzelnen Gruppen von Versorgungsgeldempfängern anteilmäßig etwa gleich stark vertreten.

## E. Personalstand und Personalausgaben

Bei der Beurteilung der Finanzgebarung der öffentlichen Hand interessierten vielfach besonders die persönlichen Verwaltungsausgaben, worunter die Beamtenbesoldung, Angestelltenvergütung, die Arbeiterlöhne, Beihilfen und sonstige Leistungen für die Bediensteten und ferner der Versorgungsaufwand sowie eventuelle Beitragszahlungen an Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskassen zu verstehen sind.

Im Hinblick darauf werden den Ausführungen über die Ergebnisse der Personalstandserhebung einige Angaben über die Personalausgaben, die im wesentlichen der Finanzstatistik entnommen sind angefügt. Im Rechnungsjahr 1950 beliefen sich die Personalausgaben im Saarland (ohne die der Körperschaften des öffentlichen Rechts) auf rund 17,1 Mrd. Fr., d. h. auf reichlich ein Viertel der Gesamtausgaben der öffentlichen Verwaltung in Höhe von 65,1 Mrd. Fr. Bei der Beurteilung der Höhe der Personalausgaben muß berücksichtigt werden, daß die eigentliche Verwaltung nur den geringeren Teil des Personalaufwandes beansprucht, während der größere für das Personal der Schulen, der gemeinnützigen öffentlichen Einrichtungen und Anstalten des Sozial- und Gesundheitswesens, der Versorgungsbetriebe, der Post, Eisenbahn und sonstigen wirtschaftlichen Unternehmen erforderlich ist. In diesem Zusammenhang verdient außerdem die Tatsache Beachtung, daß die Personalausgaben nicht in voller Höhe aus den Steuereinnahmen gedeckt werden, sondern zu einem Teil auch aus den Einkünften des Staates aus der gemeinnützigen und wirtschaftlichen Tätigkeit.

Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben war innerhalb der einzelnen Verwaltungsbereiche je nach der Art der zu erfüllenden Aufgaben verschieden. Die Personalausgaben der Staatsverwaltung (ohne Bahn und Post) betrugen rund 6,6 Mrd. Fr. oder 17,5 v. H. der gesamten Staatsausgaben. Die Gemeinden und Gemeindeverbände zahlten an Gehältern, Löhnen und Versorgungsgeldern rund 3,2 Mrd. Fr. Das waren 21,6 v. H. ihrer Gesamtausgaben. Während der Personalaufwand des Staates



und der Gemeinden also rund den sechsten bzw. fünften Teil der Gesamtausgaben ausmachte, entfielen bei der Eisenbahn und Post dagegen mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben auf die Personalkosten. Die Eisenbahn hatte bei Gesamtausgaben in Höhe von 10,2 Mrd. Fr. einen Personalaufwand von stark 5,8 Mrd. Fr., und die Personalausgaben der Post betrugen 1,5 Mrd. Fr. oder fast drei

1) Wirtschaft und Statistik 1933, S. 246.

Fünftel ihrer Gesamtausgaben. Der relativ hohe Anteil der Personalausgaben bei der Eisenbahn und Post ergibt sich aus der Tatsache, daß es sich um wirtschaftliche Unternehmen handelt, bei denen insbesondere auch die Unterhaltung, Instandsetzung und Neuanschaffung von Sachvermögen in weit größerem Umfang als bei den sonstigen staatlichen und gemeindlichen Bereichen von eigenem und nicht von fremdem Personal durchgeführt werden.

Die verschieden hohen Anteile der Personalausgaben in den einzelnen Verwaltungsbereichen geben keinen Anhaltspunkt für die Beurteilung der personellen Besetzung und Sparsamkeit der verschiedenen Behörden. Ihre Höhe richtet sich nach dem jeweiligen Aufgabengebiet und ist abhängig von der Größe anderer im Haushalt anfallenden Positionen.

In der Vorkriegszeit bildete der Personalaufwand den bedeutendsten Ausgabeposten im öffentlichen Haushalt. 1913/14 beispielsweise beanspruchte der Personalaufwand des Deutschen Reiches, seiner Länder und Gemeinden (ohne die Personalausgaben der wirtschaftlichen Unternehmen und ohne die Arbeiterlöhne) rund 31 v. H. der

Gesamtausgaben der öffentlichen Hand. Im Rechnungsjahr 1929/30 war der Anteil selbst unter Berücksichtigung der Arbeiterlöhne nicht höher, und in der Bundesrepublik ergab sich 1949 mit rund einem Viertel ein noch geringerer Anteil der Personalaufwendungen an den Gesamtausgaben. Für die saarländische Verwaltung liegen entsprechende Vergleichszahlen aus den früheren Jahren nicht vor. Die Entwicklung dürfte jedoch ähnlich verlaufen sein. Sie ist keineswegs auf einen Rückgang der Personalausgaben, sondern im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß in den vergangenen Jahrzehnten andere Ausgaben der öffentlichen Hand, wie z. B. die Sozialausgaben und die Ausgaben für Investitionen wesentlich stärker als die Verwaltungsausgaben zugenommen haben.

Angeichts des nicht zu leugnenden ständigen Anwachsens des Personalstandes im öffentlichen Dienst wird schon seit langem die Forderung nach Verwaltungsvereinfachung und Verringerung der Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten erhoben. Da die Ausdehnung des Verwaltungsapparates im wesentlichen die Folge vermehrter Pflichten ist, sind dementsprechend entscheidende Einsparungen nur durch eine radikale Verminderung staat-

**Die Personalausgaben und übrigen Aufwendungen des Staates und der Gemeinden  
im Jahre 1950 in Mill. Fr.**

Ausgabeart	Staat (ohne Bahn und Post)	Eisenbahn	Post	Gemeinden u. Gemeinde- verbände	Zusammen
Beamtenbesoldung	3 562	1 841	763	644	6 810
Vergütungen u. Löhne	1 611	2 432	428	1 907	6 378
Versorgungsaufwand	1 415	1 580	277	621	3 893
Personalausgaben zus.	6 588	5 853	1 468	3 172	17 081
Übrige Aufwendungen	31 022	4 378	1 145	11 483	48 028
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>37 610</b>	<b>10 231</b>	<b>2 613</b>	<b>14 655</b>	<b>65 109</b>

licher und kommunaler Aufgaben zu erzielen. Derartige Maßnahmen wären in vielen Fällen allerdings gleichbedeutend mit dem Verzicht auf soziale, wirtschaftliche und kulturelle Errungenschaften. Eine Übertragung von Aufgaben auf andere Einrichtungen würde die öffentlichen Haushalte im Endergebnis nicht entlasten, weil die hierfür notwendigen Mittel im Wege des Finanzausgleichs

oder ähnlicher Maßnahmen weiterhin bereitgestellt werden müßten. Eine Verringerung der Personallasten ist also im wesentlichen nur durch Rationalisierung der Verwaltung zu erreichen, die vornehmlich in der Vereinfachung des Behördenaufbaues und der möglichst ökonomischen Gestaltung des Arbeitsablaufes bestehen kann.

### **III. Tabellenteil**

Tabelle 1

**Personalstand der staatlichen Dienststellen und der Körperschaften des öffentl. Rechts nach Verwaltungsbereichen am 31. 12. 1950**

Personalstand  
am 31.12.1950

Verwaltungsbereiche	Staatliche Dienststellen				Körpersch.d. öff. Rechts				Bedienstete zusammen			
	Be- amte	Ange- stellte	Ar- beiter	ins- gesamt	Be- amte	Ange- stellte	Ar- beiter	ins- gesamt	Be- amte	Ange- stellte	Ar- beiter	ins- gesamt
Landtag	2	17	7	26	..	..	..	..	2	17	7	26
Ministerpräsidium	71	105	58	234	..	..	..	..	71	105	58	234
Ministerium des Innern	2 302	396	107	2 805	85	826	213	1 124	2 387	1 222	320	3 929
Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt	222	1 323	342	1 887	505	1 645	610	2 760	727	2 968	952	4 647
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Ernährung u. Landwirtschaft	8 560	1 057	9 221	18 838	15	176	17	208	8 575	1 233	9 238	19 046
davon: Saarländische Eisenbahnen	6 267	131	7 302	13 700	..	..	..	..	6 267	131	7 302	13 700
Ministerium für Finanzen und Forsten	996	527	534	2 057	-	1	-	1	996	528	534	2 058
Ministerium der Justiz	556	299	58	913	-	1	-	1	556	300	58	914
Ministerium für Kultus, Unterricht und Volksbildung	3 517	266	111	3 894	2	195	53	250	3 519	461	164	4 144
<b>Z u s a m m e n</b>	<b>16 226</b>	<b>3 990</b>	<b>10 438</b>	<b>30 654</b>	<b>607</b>	<b>2 844</b>	<b>893</b>	<b>4 344</b>	<b>16 833</b>	<b>6 834</b>	<b>11 331</b>	<b>34 998</b>

Tabelle 2

**Das Personal der staatlichen Dienststellen <sup>1)</sup> nach Verwaltungszweigen u. Anstellungsverhältnis**

Personalstand  
am 31.12.1950

Verwaltungsbereich	Be- amte	Ange- stellte	Ar- beiter	Zu- sammen	Von 100 Beschäftigten der einzelnen Berufsstellungen entfielen auf die jeweiligen Verwaltungsbereiche				Von 100 Beschäft. der einzelnen Verwaltungsbereiche entfielen auf			
					Be- amte	Ange- stellte	Ar- beiter	Zu- sammen	Be- amte	Ange- stellte	Ar- bei- ter	
Landtag	2	17	7	26	0,0	0,4	0,1	0,1	7,7	65,4	26,9	
Ministerpräsidium	71	105	58	234	0,4	2,6	0,6	0,8	30,3	44,9	24,8	
Ministerium des Innern	2 302	396	107	2 805	14,2	9,9	1,0	9,1	82,1	14,1	3,8	
darunter Polizei	2 200	100	90	2 390	13,6	2,5	0,9	7,8	92,1	4,2	3,7	
Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt	222	1 323	342	1 887	1,4	33,2	3,3	6,2	11,8	70,1	18,1	
darunter: a) Kliniken	31	454	219	704	0,2	11,4	2,1	2,3	4,4	64,5	31,1	
b) Arbeitsämter	29	323	39	391	0,2	8,1	0,4	1,3	7,4	82,6	10,0	
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Ernährung u. Landwirtschaft	8 560	1 057	9 221	18 838	52,8	26,5	88,3	61,4	45,4	5,6	49,0	
darunter: a) Eisenbahn	6 267	131	7 302	13 700	38,6	3,3	70,0	44,7	45,7	1,0	53,3	
b) Post	2 092	449	1 313	3 854	12,9	11,3	12,6	12,6	54,3	11,6	34,1	
c) Strassenbauamt	45	57	462	564	0,3	1,4	4,4	1,8	8,0	10,1	81,9	
Ministerium für Finanzen und Forsten	996	527	534	2 057	6,1	13,2	5,1	6,7	48,4	25,6	26,0	
darunter a) Finanzämter	669	225	45	939	4,1	5,6	0,4	3,1	71,2	24,0	4,8	
b) Forstämter	147	51	446	644	0,9	1,3	4,3	2,1	22,8	7,9	69,3	
Ministerium der Justiz	556	299	58	913	3,4	7,5	0,6	3,0	60,9	32,7	6,4	
Ministerium für Kultus, Unterricht und Volksbildung	3 517	266	111	3 894	21,7	6,7	1,0	12,7	90,3	6,8	2,9	
darunter Lehrpersonen an Volksschulen	2 642	63	-	2 705	16,3	1,6	-	8,8	97,7	2,3	-	
<b>Z u s a m m e n</b>	<b>16 226</b>	<b>3 990</b>	<b>10 438</b>	<b>30 654</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>52,9</b>	<b>13,0</b>	<b>34,1</b>	

<sup>1)</sup> Oberste Landesbehörde einschliesslich aller angeschlossenen und nachgeordneten Dienststellen.

Tabelle 3

## Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nach dem Anstellungsverhältnis

Personalstand  
am 31.12.1950

Körperschaften	Beamte			Angestellte			Arbeiter			Zusammen	
	ab-solut	vH	in vH der Sp.11	ab-solut	vH	in vH der Sp.11	ab-solut	vH	in vH der Sp.11	ab-solut	vH
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Oberste Staatsorgane	301	1,6	35,4	483	4,4	56,9	65	0,4	7,7	849	1,9
Angeschlossene und nachgeordnete Dienststellen ohne Bahn und Post	7 566	41,9	61,8	2 927	26,6	23,9	1 758	10,7	14,3	12 251	26,9
Post	2 092	11,6	54,3	449	4,1	11,6	1 313	8,0	34,1	3 854	8,5
Eisenbahn	6 267	34,7	45,7	131	1,2	1,0	7 302	44,6	53,3	13 700	30,1
Staatl. Dienststellen zusammen	16 226	89,8	52,9	3 990	36,3	13,0	10 438	63,7	34,1	30 654	67,4
Körperschaften des öffentlichen Rechts	607	3,4	14,0	2 844	25,8	65,5	893	5,4	20,5	4 344	9,6
Kreisangehörige Gemeinden	490	2,7	8,4	1 760	16,0	30,1	3 595	22,0	61,5	5 845	12,9
Verwaltungsbezirke	264	1,5	22,1	806	7,3	67,4	126	0,8	10,5	1 196	2,6
Kreisselbstverwaltungen	126	0,7	19,4	420	3,8	64,6	104	0,6	16,0	650	1,4
Stadtkreis Saarbrücken	352	1,9	12,7	1 184	10,8	42,8	1 233	7,5	44,5	2 769	6,1
Kommunale Körperschaften zusammen	1 232	6,8	11,8	4 170	37,9	39,9	5 058	30,9	48,3	10 460	23,0
I n s g e s a m t	18 065	100,0	39,7	11 004	100,0	24,2	16 389	100,0	36,1	45 458	100,0
Je 1 000 Einwohner	19,0			11,6			17,3			47,9	

Tabelle 4

## Das Personal der Kommunalverwaltung nach Verwaltungszweigen und Anstellungsverhältnis

Personalstand  
am 31.12.1950

Verwaltungszweige	Be- amte	Ange- stellte	Ar- beiter	Zu- sammen	Von 100 Beschäftigte der einzelnen Berufsstellungen entfielen auf die jeweiligen Verwaltungszweige				Von 100 Beschäftigten der einzelnen Verwaltungszweige entfielen auf			
					Beamte	Angest.	Arb.	Zus.	Beamte	Angest.	Arbeiter	
Allgemeine Verwaltung	317	956	565	1 838	25,7	22,9	11,2	17,6	17,3	52,0	30,7	
Polizei	79	347	179	605	6,4	8,3	3,5	5,8	13,1	57,3	29,6	
Schulwesen	124	95	709	928	10,1	2,3	14,0	8,9	13,4	10,2	76,4	
Kultur-u. Gemeinschaftspflege	7	244	167	418	0,6	5,9	3,3	4,0	1,7	58,4	39,9	
Fürsorgewesen und Jugendhilfe	102	352	38	492	8,3	8,5	0,8	4,7	20,7	71,6	7,7	
Gesundheitswesen, Sport	20	309	228	557	1,6	7,4	4,5	5,3	3,6	55,5	40,9	
Bau-, Wohnungs-u. Siedlungswesen	181	623	795	1 599	14,7	14,9	15,7	15,3	11,3	39,0	49,7	
Öff. Einrichtungen und Wirtschaftsförderung	74	166	1 098	1 338	6,0	4,0	21,7	12,8	5,5	12,4	82,1	
Wirtschaftliche Unternehmen	58	514	1 254	1 826	4,7	12,3	24,8	17,4	3,2	28,1	68,7	
Finanz- und Steuerverwaltung	270	564	25	859	21,9	13,5	0,5	8,2	31,4	65,7	2,9	
Z u s a m m e n	1 232	4 170	5 058	10 460	100,0	100,0	100,0	100,0	11,8	39,9	48,3	

Tabelle 5

**Die Verteilung der Beamten<sup>1)</sup> und Angestellten<sup>2)</sup> des öffentlichen Dienstes auf die Laufbahngruppen**

Personalstand  
am 31.12.1950

Körperschaften	Stellung im Beruf	Feststehende Gehälter <sup>3)</sup>		Höherer Dienst		Gehobener Dienst		Mittlerer Dienst		Einfacher Dienst		Zusammen	
		absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH	absolut	vH
Oberste Staatsorgane Angeschlossene und nachgeordnete Dienststellen ohne Bahn u. Post	Beamte	12	4,2	77	26,6	169	58,5	28	9,7	3	1,0	289	100,0
	Angestellte	-	-	24	5,0	177	36,7	255	52,9	26	5,4	482	100,0
	Beamte	6	0,1	666	9,2	3 796	52,3	1 114	15,3	1 677	23,1	7 259	100,0
	Angestellte	-	-	158	5,8	658	23,9	1 627	53,1	308	11,2	2 751	100,0
	Beamte	-	-	10	0,5	200	10,2	483	24,5	1 274	64,8	1 967	100,0
Post	Angestellte	-	-	1	0,2	24	5,3	408	90,9	16	3,6	449	100,0
	Beamte	-	-	5	0,1	625	10,0	2 912	46,4	2 725	43,5	6 267	100,0
Bahn	Angestellte	-	-	-	-	70	53,4	61	46,6	-	-	131	100,0
	Beamte	18	0,1	758	4,8	4 790	30,4	4 537	28,7	5 679	36,0	15 782	100,0
Staatliche Dienststellen zusammen	Angestellte	-	-	183	4,8	929	24,3	2 351	61,7	350	9,2	3 813	100,0
	Beamte	6	1,0	76	13,4	306	54,0	174	30,7	5	0,9	567	100,0
Körperschaften des öffentlichen Rechts	Angestellte	-	-	107	4,8	409	18,3	1 466	65,7	249	11,2	2 231	100,0
	Beamte	-	-	28	5,8	244	50,2	173	35,6	41	8,4	486	100,0
Kreisangehörige Gemeinden	Angestellte	-	-	14	0,9	246	15,0	898	54,9	479	29,2	1 637	100,0
	Beamte	-	-	16	6,1	147	55,7	100	37,8	1	0,4	264	100,0
Verwaltungsbezirke	Angestellte	-	-	-	-	83	10,9	480	62,9	200	26,2	763	100,0
	Beamte	-	-	12	9,5	89	70,6	24	19,1	1	0,8	126	100,0
Kreiselbstverwaltungen	Angestellte	-	-	7	1,7	95	23,9	230	57,8	66	16,6	398	100,0
	Beamte	-	-	75	21,8	217	63,3	50	14,6	1	0,3	343	100,0
Stadtkreis Saarbrücken	Angestellte	-	-	39	4,1	232	24,5	468	49,3	210	22,1	949	100,0
	Beamte	-	-	131	10,7	697	57,2	347	28,5	44	3,6	1 219	100,0
Kommunale Körperschaften zusammen	Angestellte	-	-	60	1,6	656	17,5	2 076	55,4	955	25,5	3 747	100,0
	Beamte	24	0,1	965	5,5	3 793	33,0	5 058	28,8	5 728	32,6	17 568	100,0
I n s g e s a m t	Angestellte	-	-	350	3,6	1 994	20,3	5 893	60,2	1 554	15,9	9 791	100,0

1) Ohne Beamtenanwärter. - 2) Ohne Sondervertrags-, Aushilfs- und jugendliche Angestellte sowie ohne Verwaltungslehrlinge und Anlernlinge.

3) Besoldungsordnung B.



Tabelle 6

Die Beamten<sup>1)</sup> und Angestellten<sup>2)</sup> der Kommunalverwaltung nach Verwaltungszweigen und LaufbahngruppenPersonalstand  
am 31.12.1950

Verwaltungszweig	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Zusammen	Von 100 Beamten und Angestellten							
						entfielen auf die einzelnen Verwaltungszweige im				der einzelnen Verwaltungszweige entfielen auf den			
						höheren Dienst	gehob. Dienst	mittl. Dienst	einfach. Dienst	höheren Dienst	gehob. Dienst	mittl. Dienst	einfach. Dienst
a) Beamte													
Allgemeine Verwaltung	32	194	78	12	316	24,4	27,8	22,5	27,3	10,1	61,4	24,7	3,8
Polizei	1	35	33	9	78	0,8	5,0	9,5	20,5	1,3	44,9	42,3	11,5
Schulwesen	48	70	4	2	124	36,6	10,0	1,2	4,5	38,7	56,5	3,2	1,6
Kultur- und Gemeinschaftspflege	2	5	-	-	7	1,5	0,7	-	-	28,6	71,4	-	-
Fürsorgewesen und Jugendhilfe	-	59	38	-	97	-	8,5	10,9	-	-	60,8	39,2	-
Gesundheitswesen und Sport	3	5	11	1	20	2,3	0,7	3,2	2,3	15,0	25,0	55,0	5,0
Bau-, Wohnungs- u. Siedlungswesen	26	126	25	2	179	19,8	18,1	7,2	4,5	14,5	70,0	13,9	1,6
Öff. Einrichtungen u. Wirtschaftshilfe	12	20	39	3	74	9,2	2,9	11,2	6,8	16,2	27,0	52,7	4,1
Wirtschaftliche Unternehmen	3	25	16	14	58	2,3	3,6	4,6	31,8	5,2	43,1	27,6	24,1
Finanz- und Steuerverwaltung	4	158	103	1	266	3,1	22,7	29,7	2,3	1,5	59,4	38,7	0,4
Z u s a m m e n	131	697	347	44	1 219	100,0	100,0	100,0	100,0	10,7	57,2	28,5	3,6
b) Angestellte													
Allgemeine Verwaltung	2	113	492	292	899	3,3	17,2	23,7	30,6	0,2	12,6	54,7	32,5
Polizei	-	21	197	114	332	-	3,2	9,5	11,9	-	6,3	59,3	34,4
Schulwesen	1	11	35	45	92	1,7	1,7	1,7	4,7	1,1	12,0	38,0	48,9
Kultur- und Gemeinschaftspflege	-	21	36	18	75	-	3,2	1,7	1,9	-	28,0	48,0	24,0
Fürsorgewesen und Jugendhilfe	1	61	208	67	337	1,7	9,3	10,0	7,0	0,3	18,1	61,7	19,9
Gesundheitswesen und Sport	32	19	128	40	219	53,3	2,9	6,2	4,2	14,6	8,7	58,4	18,3
Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen	12	181	305	95	593	20,0	27,6	14,7	10,0	2,0	30,5	51,5	16,0
Öff. Einrichtungen u. Wirtschaftshilfe	2	30	93	36	161	3,3	4,6	4,5	3,8	1,2	18,6	57,8	22,4
Wirtschaftliche Unternehmen	10	110	241	136	497	16,7	16,8	11,6	14,2	2,0	22,1	48,5	27,4
Finanz- und Steuerverwaltung	-	89	341	112	542	-	13,5	16,4	11,7	-	16,4	62,9	20,7
Z u s a m m e n	60	656	2 076	955	3 747	100,0	100,0	100,0	100,0	1,6	17,5	55,4	25,5

1) Ohne Beamtenanwärter. - 2) Ohne Sondervertrags-, Aushilfs- und jugendliche Angestellte sowie ohne Verwaltungslehrlinge und Anlernlinge.

Tabelle 7

**Die Verteilung der Beamten<sup>1)</sup> u. Angestellten<sup>2)</sup> der staatlichen Verwaltungsbereiche<sup>3)</sup> nach Laufbahngruppen und nach dem Geschlecht**

Personalstand  
am 31.12.1950

Verwaltungsbereich	Feststehende Gehälter		Höherer Dienst		Gehobener Dienst		Mittlerer Dienst		Einfacher Dienst		Insgesamt	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
<b>Beamte</b>												
Landtag	-	-	1	-	1	-	-	-	-	-	2	-
Ministerpräsidium	1	-	8	1	40	-	8	-	1	-	58	1
Ministerium des Innern	4	-	31	-	113	-	638	1	511	3	2 297	4
Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt	4	-	50	1	93	1	33	6	14	1	194	9
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Ernährung und Landwirtschaft	4	-	62	-	884	7	3329	110	3 857	176	8 136	293
davon: Eisenbahn und Post	-	-	15	-	818	7	3287	108	3 823	176	7 943	291
Ministerium für Finanzen und Forsten	1	-	64	-	494	1	283	-	15	-	857	1
Ministerium der Justiz	3	-	116	1	113	-	125	1	92	2	449	4
Ministerium für Kultus, Unterricht und Volksbildung	1	-	348	75	1674	1369	2	1	7	-	2 032	1445
<b>Z u s a m m e n</b>	<b>18</b>	<b>-</b>	<b>680</b>	<b>78</b>	<b>3412</b>	<b>1378</b>	<b>4418</b>	<b>119</b>	<b>5 497</b>	<b>182</b>	<b>14 025</b>	<b>1757</b>
<b>Angestellte</b>												
Landtag	-	-	4	-	3	1	5	4	-	-	12	5
Ministerpräsidium	-	-	5	-	38	11	20	26	3	-	66	37
Ministerium des Innern	-	-	2	-	70	19	134	135	15	9	221	163
Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt	-	-	68	14	158	91	422	338	113	66	761	509
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Ernährung und Landwirtschaft	-	-	41	1	231	24	218	463	23	21	513	509
davon: Eisenbahn und Post	-	-	1	-	93	1	104	365	2	14	200	380
Ministerium für Finanzen und Forsten	-	-	13	-	119	18	233	92	16	9	381	119
Ministerium der Justiz	-	-	1	-	19	4	150	51	48	6	218	61
Ministerium für Kultus, Unterricht und Volksbildung	-	-	30	4	66	57	17	43	13	8	126	112
<b>Z u s a m m e n</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>164</b>	<b>19</b>	<b>704</b>	<b>225</b>	<b>1 199</b>	<b>1 152</b>	<b>231</b>	<b>119</b>	<b>2 298</b>	<b>1515</b>

1) Ohne Beamtinnenwärter. - 2) Ohne Sordervertrags-, Aushilfs- und jugendliche Angestellte, sowie ohne Verwaltungslehrlinge und Anlernlinge.

3) Oberste Landesbehörden einschliesslich aller ausgeschlossen und nachgeordneten Dienststellen.

Tabelle 8

**Die weiblichen Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst  
nach Laufbahn, Stellung im Beruf und Verwaltungsbereich**

Personalstand  
am 31.12.1950

Laufbahn	Weibliche Bedienstete bei			Zu- sam- men	Von 100 weibl. Bedienste- ten entfielen auf die ein- zelnen Laufbahnen bei den			Zu- sam- men	Von 100 weibl. Bedienste- ten waren beschäftigt bei den		
	staatl. Dienst- stellen	Körpersch. d. öffentl. Rechts	Kommunal- verwal- tungen		staatl. Dienst- stellen	Körpersch. d. öff. Rechts	Kommunal- verwal- tungen		staatl. Dienst- stellen	Körpersch. d. öff. Rechts	Kommun. verwal- tungen
Beamte											
Feststeh. Gehält.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Höherer Dienst	78	1	21	100	4,4	3,7	26,3	5,3	78,0	1,0	21,0
Gehobener Dienst	1 378	4	48	1 430	77,6	14,8	60,0	75,9	96,4	0,3	3,3
Mittl. Dienst	119	22	10	151	6,7	81,5	12,5	8,0	78,8	14,6	6,6
Einfach. Dienst	182	-	1	183	10,2	-	1,2	9,7	99,5	-	0,5
Beamtenanwärter	20	-	-	20	1,1	-	-	1,1	100,0	-	-
Z u s a m m e n	1 777	27	80	1 884	100,0	100,0	100,0	100,0	94,3	1,4	4,3
Angestellte											
Höherer Dienst	19	4	12	35	1,2	0,4	1,5	1,0	54,3	11,4	34,3
Gehobener Dienst	225	56	54	335	14,2	5,1	6,6	9,6	67,2	16,7	16,1
Mittl. Dienst	1 152	670	449	2 271	72,8	61,0	54,7	64,8	50,7	29,5	19,8
Einfacher Dienst	119	110	163	392	7,5	10,0	19,8	11,2	30,3	28,1	41,6
Sonst. Angest. 1)	67	258	143	468	4,3	23,5	17,4	13,4	14,3	55,1	30,6
Z u s a m m e n	1 582	1 098	821	3 501	100,0	100,0	100,0	100,0	45,2	31,4	23,4
Beamte und Angestellte zusammen											
Feststeh. Gehälter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Höherer Dienst	97	5	33	135	2,9	0,5	3,7	2,5	71,9	3,7	24,4
Gehobener Dienst	1 603	60	102	1 765	47,7	5,3	11,3	32,8	90,8	3,4	5,8
Mittl. Dienst	1 271	692	459	2 422	37,8	61,5	50,9	45,0	52,5	28,6	18,9
Einfacher Dienst	301	110	164	575	9,0	9,8	18,2	10,7	52,4	19,1	28,5
Sonst. Gehalts- empfänger 2)	87	258	143	488	2,6	22,9	15,9	9,0	17,8	52,9	29,3
Z u s a m m e n	3 359	1 125	901	5 385	100,0	100,0	100,0	100,0	62,4	20,9	16,7

- 1) Sondervertrags-, Aushilfs- und jugendliche Angestellte sowie Verwaltungslehrlinge und Anlernlinge.  
2) Beamtenanwärter, Sondervertrags-, Aushilfs- und jugendliche Angestellte sowie Verwaltungslehrlinge und Anlernlinge.

Tabelle 9

**Das Personal der Kommunalverwaltung nach Verwaltungszweigen u. Geschlecht**

Personalstand  
am 31.12.1950

Verwaltungszweig	Beamte		Angestellte		Arbeiter		Insgesamt	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Allgemeine Verwaltung	311	6	783	173	349	216	1 443	395
Polizei	78	1	297	50	176	3	551	54
Schulwesen	66	58	70	25	118	591	254	674
Kultur- und Gemeinschaftspflege	7	-	171	73	84	83	262	156
Fürsorgewesen und Jugendhilfe	93	9	242	110	8	30	343	149
Gesundheitswesen und Sport	17	3	81	228	52	176	150	407
Bau-, Wohnungs- u. Siedlungswesen	180	1	564	59	771	24	1 515	84
Öff. Einrichtungen und Wirtschaftsförderung	74	-	154	12	1 049	49	1 277	61
Wirtschaftliche Unternehmen	58	-	475	39	1 192	62	1 725	101
Finanz- und Steuerverwaltung	268	2	512	52	18	7	798	61
<b>Z u s a m m e n</b>	<b>1 152</b>	<b>80</b>	<b>3 349</b>	<b>821</b>	<b>3 817</b>	<b>1 241</b>	<b>8 318</b>	<b>2 142</b>

## Die Beamten und Angestellten der staatlichen Dienststellen nach Verwaltungsbereichen und Laufbahngruppen

Personalstand  
am 31.12.1950

Verwaltungsbereich	Feststeh. Gehält.	Höherer Dienst		Zusammen	Von 100 Beamten und Angestellten entfielen auf die einzelnen Verw.zweige der einzelnen Verw.bereiche entfielen auf											
		Gehobener Dienst				im/mittl.										
		mittlerer Dienst				feststeh. Gehälter		mittl. Dienst		einfach. Dienst		höheren gehoben. Dienst				
		1	2		3	4	1	2	1	2	1	2	1	2		
a) Beamte																
Landtag	-	1	1	2	-	5,6	0,1	0,0	0,2	-	-	50,0	50,0	-	-	-
Ministerpräsident	1	9	40	59	1	22,2	1,2	0,8	14,1	0,0	1,7	15,2	67,8	13,6	1,7	-
Ministerium des Innern	4	31	113	2301	1514	22,2	4,1	2,4	26,7	26,7	0,2	1,3	4,9	27,8	65,8	-
Min.f.Arbeit u.Wohlfahrt	4	51	94	203	15	22,2	6,7	2,0	0,8	0,3	2,0	25,1	46,3	19,2	7,4	-
Min.f.Wirtschaft, Verkehr, Ernährung u.Landwirtsch.	4	62	891	8429	4033	22,2	8,2	18,6	75,8	71,0	0,0	0,7	10,6	40,8	47,9	-
davon:Eisenbahn u.Post	-	15	825	8234	3999	-	2,0	17,2	74,8	70,4	-	0,2	10,0	41,2	48,6	-
Ministerium f.Finanzen und Forsten	1	64	495	858	283	5,6	8,5	10,3	6,2	0,3	0,1	7,5	57,7	33,0	1,7	-
Ministerium der Justiz	3	117	113	453	94	16,6	15,4	2,4	2,8	1,6	0,7	25,8	24,9	27,8	20,8	-
Ministerium f.Kultus, Unterricht u.Volksbildung	1	423	3043	3477	7	5,6	55,8	63,5	0,1	0,1	0,0	12,2	87,5	0,1	0,2	-
Zusammen	18	758	4790	15782	5679	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	0,1	4,8	30,4	28,7	36,0	-
b) Angestellte																
Landtag	-	4	4	17	-	-	2,2	0,4	0,4	-	-	23,5	23,5	53,0	-	-
Ministerpräsident	-	5	49	103	3	-	2,7	5,3	2,0	0,9	-	4,8	47,6	44,7	2,9	-
Ministerium des Innern	-	2	89	384	24	-	1,1	9,6	11,4	6,9	-	0,5	23,2	70,1	6,2	-
Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt	-	82	249,	1270	179	-	44,8	26,8	32,3	51,1	-	6,5	19,6	59,8	14,1	-
Min.f.Wirtschaft, Verkehr, Ernährung u.Landwirtsch.	-	42	255	1022	44	-	23,0	27,5	29,0	12,6	-	4,1	25,0	66,6	4,3	-
davon:Eisenbahn u.Post	-	1	94	580	16	-	0,6	10,1	19,9	4,6	-	0,2	16,2	80,9	2,7	-
Ministerium für Finanzen und Forsten	-	13	137	500	25	-	7,1	14,7	13,8	7,1	-	2,6	27,4	65,0	5,0	-
Ministerium der Justiz	-	1	23	279	54	-	0,5	2,5	8,5	15,4	-	0,4	8,2	72,0	19,4	-
Ministerium f.Kultus, Unterricht u.Volksbildung	-	34	123	238	21	-	18,6	13,2	2,6	6,0	-	14,3	51,7	25,2	8,8	-
Zusammen	-	183	929	3813	350	-	100,0	100,0	100,0	100,0	-	4,8	24,4	61,6	9,2	-

Das Personal<sup>1)</sup> der staatlichen Dienststellen und der Körperschaften des öffentlichen Rechts nach Familienstand und Laufbahn  
 Personalstand  
 am 31.12.1950

Laufbahn	Le- di- ge	Ver- hei- ratete	Ver- wit- wete	Ge- schie- dene	Zu- sam- men	Von 100 Beschäftigten entfielen auf die einzelnen Laufbahnen					Von 100 Beschäftigten der einzel- nen Laufbahnen waren			
						bei den			bei allen zu- sammen	ledig	verh.	ver- witwet	geschie- den	
						Ledig- gen	Ver- heirat.	Ver- witwet						
														Ge- schied.
Beamte														
Personal mit feststehenden Gehältern														
	-	21	2	1	24	-	0,2	0,7	0,8	0,1	-	87,5	8,3	4,2
	138	672	17	7	834	4,6	5,2	6,3	5,7	5,1	16,6	80,6	2,0	0,8
	1 733	3196	123	44	5 096	58,3	24,6	45,6	36,1	31,2	34,0	62,7	2,4	0,9
	322	4290	70	29	4 711	10,8	33,0	25,9	23,8	28,8	6,8	91,1	1,5	0,6
	782	4803	58	41	5 684	26,3	37,0	21,5	33,6	34,8	13,8	84,5	1,0	0,7
	2 975	12 982	270	122	16 349	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	18,2	79,4	1,7	0,7
Z u s a m m e n														
Angestellte														
	78	205	3	4	290	3,0	6,6	1,6	2,8	4,8	26,9	70,7	1,0	1,4
	288	990	32	28	1 338	10,9	32,1	17,3	20,0	22,1	21,5	74,0	2,4	2,1
	1 925	1 660	136	96	3 817	73,2	53,7	73,5	68,6	63,2	50,4	43,5	3,6	2,5
	338	235	14	12	599	12,9	7,6	7,6	8,6	9,9	56,4	39,2	2,4	2,0
	2 629	3 090	185	140	6 044	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	43,5	51,1	3,1	2,3
	2 919	7 830	429	153	11 331	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	25,8	69,1	3,8	1,3
	8 523	23 902	884	415	33 724	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	25,3	70,9	2,6	1,2
I n s g e s a m t														
) Ohne Beamteneinstellung														

1) Ohne Beamtenanwärter, Sondervertrags-, Aushilfs- und jugendliche Angestellte sowie ohne Verwaltungslehrlinge und Anlernlinge.

# Das Personal im öffentlichen Dienst nach Verwaltungsbereichen, Stellung im Beruf, Laufbahn, Geschlecht und Alter

Personalstand  
am 31.12.1950

(absolute Zahlen)

Stellung im Beruf Laufbahn	Männliche Beschäftigte					Weibliche Beschäftigte					Beschäftigte insgesamt
	bis 30	üb. 30 bis 40	üb. 40 bis 50	über 50	zusammen	bis 30	üb. 30 bis 40	üb. 40 bis 50	über 50	zusammen	
	Jahre					Jahre					
Staatliche Dienststellen einschliesslich Bahn und Post											
Beamte mit festst.Geh.	-	1	5	12	18	-	-	-	-	-	18
" im höh.Dienst	12	140	251	277	680	15	22	20	21	78	758
" im gehob.Dienst	650	770	885	1 107	3412	377	259	253	489	1 378	4 790
" im mittl.Dienst	313	716	1 293	2 096	4418	3	27	41	48	119	4 537
" im einf. Dienst	1 364	1 685	1 427	1 021	5497	44	74	50	14	182	5 679
Beamtenanwärter	363	60	1	-	424	16	4	-	-	20	444
Z u s a m m e n	2 702	3 372	3 862	4 513	14449	455	386	364	572	1 777	16 226
Angest.im höh.Dienst	17	56	42	49	164	7	6	1	5	19	183
" im gehob.Dienst	71	222	237	174	704	53	73	62	37	225	929
" im mittl.Dienst	356	412	260	171	1199	694	220	164	74	1 152	2 351
" im einf.Dienst	98	57	46	30	231	94	15	5	5	119	350
Sonst.Angestellte 1)	56	24	17	13	110	19	14	9	25	67	177
Z u s a m m e n	598	771	602	437	2408	867	328	241	146	1 582	3 990
Arbeiter	3 443	2 270	2 116	1 573	9402	291	238	321	186	1 036	10 438
I n s g e s a m t	6 743	6 413	6 580	6 523	26259	1 613	952	926	904	4 395	30 654
Körperschaften des öffentlichen Rechts											
Beamte mit festst.Geh.	-	-	3	3	6	-	-	-	-	-	6
" im höh.Dienst	-	3	29	43	75	-	-	1	-	1	76
" im gehob.Dienst	3	71	139	89	302	-	-	2	2	4	306
" im mittl.Dienst	31	56	37	28	152	-	1	14	7	22	174
" im einf.Dienst	-	-	2	3	5	-	-	-	-	-	5
Beamtenanwärter	40	-	-	-	40	-	-	-	-	-	40
Z u s a m m e n	74	130	210	166	580	-	1	17	9	27	607
Angest.im höh.Dienst	26	50	16	11	103	2	2	-	-	4	107
" im gehob.Dienst	43	123	121	66	353	20	15	10	11	56	409
" im mittl.Dienst	405	217	97	77	796	411	142	89	28	670	1 466
" im einf.Dienst	76	20	22	21	139	80	14	7	9	110	249
Sonst.Angestellte 1)	214	61	37	43	355	171	35	35	17	258	613
Z u s a m m e n	764	471	293	218	1746	684	208	141	65	1 098	2 844
Arbeiter	61	56	90	85	292	323	92	106	80	601	893
I n s g e s a m t	899	657	593	469	2618	1007	301	264	154	1 726	4 344
Gemeinden und Gemeindeverbände											
Beamte mit festst.Geh.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
" im höh.Dienst	-	17	39	54	110	1	4	13	3	21	131
" im gehob.Dienst	20	101	239	289	649	-	3	15	30	48	697
" im mittl.Dienst	57	84	100	96	337	-	1	1	8	10	347
" im einf.Dienst	-	3	9	31	43	-	-	1	-	1	44
Beamtenanwärter	13	-	-	-	13	-	-	-	-	-	13
Z u s a m m e n	90	205	387	470	1152	1	8	30	41	80	1 232
Angest.im höh.Dienst	10	23	6	9	48	7	4	1	-	12	60
" im gehob.Dienst	71	208	183	140	602	8	12	24	10	54	656
" im mittl.Dienst	688	402	299	238	1627	220	94	87	48	449	2 076
" im einf.Dienst	298	147	184	163	792	93	26	36	8	163	955
Sonst.Angestellte 1)	159	35	43	43	280	104	18	17	4	143	423
Z u s a m m e n	1226	815	715	593	3349	432	154	165	70	821	4 170
Arbeiter	555	608	1 228	1426	3817	290	240	353	358	1241	5 058
I n s g e s a m t	1871	1628	2 330	2489	8318	723	402	548	469	2142	10 460
Öffentlicher Dienst zusammen											
Beamte mit festst.Geh.	-	1	8	15	24	-	-	-	-	-	24
" im höh.Dienst	12	160	319	374	865	16	26	34	24	100	965
" im gehob.Dienst	673	942	1 263	1485	4363	377	262	270	521	1430	5 793
" im mittl.Dienst	401	856	1 430	2220	4907	3	29	56	63	151	5 058
" im einf.Dienst	1364	1688	1 438	1055	5545	44	74	51	14	183	5 728
Beamtenanwärter	416	60	1	-	477	16	4	-	-	20	497
Z u s a m m e n	2866	3707	4 459	5149	16181	456	395	411	622	1 884	18 065
Angest.im höh.Dienst	53	129	64	69	315	16	12	2	5	35	350
" im gehob.Dienst	185	553	541	380	1659	81	100	96	58	335	1 994
" im mittl.Dienst	1449	1031	656	486	3622	1325	456	340	150	2 271	5 893
" im einf.Dienst	472	224	252	214	1162	267	55	48	22	392	1 554
Sonst.Angestellte 1)	429	120	97	99	745	294	67	61	46	468	1 213
Z u s a m m e n	2588	2057	1 610	1248	7503	1983	690	547	281	3 501	11 004
Arbeiter	4059	2934	3 434	3084	13511	904	570	780	624	2 878	16 389
I n s g e s a m t	9513	8698	9 503	9481	37195	3343	1655	1738	1527	8 263	45 458

1) Sondervertrags-, Aushilfs- und jugendliche Angestellte sowie Verwaltungslehrlinge und Anlernlinge.

Tabelle 13

**Das Personal im öffentlichen Dienst nach Verwaltungsbereichen,  
Stellung im Beruf, Laufbahn, Geschlecht und Alter**

Personalstand  
am 31.12.1950

(Verhältniszahlen)

Stellung im Beruf  Laufbahn	Von 100 männl. Beschäftigten waren				Von 100 weibl. Beschäftigten waren				Von 100 Beschäf- tigten überhaupt waren	
	bis 30	über 30	über 40	über 50	bis 30	über 30	über 40	über 50	männl.	weibl.
	bis 40	bis 50	50	bis 40	bis 50	50				
Jahre										
Staatliche Dienststellen einschl. Bahn und Post										
Beamte mit festst. Geh.	-	5,5	27,8	66,7	-	-	-	-	100,0	-
" im höh. Dienst	1,8	20,6	36,9	40,7	19,2	28,2	25,7	26,9	89,7	10,3
" im gehob. Dienst	19,1	22,6	25,9	32,4	27,4	18,8	18,4	35,5	71,2	28,8
" im mittl. Dienst	7,1	16,2	29,3	47,4	2,5	22,7	34,5	40,3	97,4	2,6
" im einf. Dienst	24,8	30,6	26,0	18,6	24,2	40,6	27,5	7,7	96,8	3,2
Beamtenanwärter	85,6	14,2	0,2	-	80,0	20,0	-	-	95,5	4,5
Z u s a m m e n	18,7	23,4	26,7	31,2	25,6	21,7	20,5	32,2	89,0	11,0
Angest. im höh. Dienst	10,4	34,1	25,6	29,9	36,8	31,6	5,3	26,3	89,6	10,4
" im gehob. Dienst	10,1	31,5	30,7	24,7	23,6	32,4	27,6	16,4	75,8	24,2
" im mittl. Dienst	29,7	34,4	21,7	14,2	60,3	19,1	14,2	6,4	51,0	49,0
" im einf. Dienst	42,4	24,7	19,9	13,0	79,0	12,6	4,2	4,2	66,0	34,0
Sonstige Angest. 1)	50,9	21,8	15,5	11,8	28,4	20,9	13,4	27,3	62,1	37,9
Z u s a m m e n	24,8	32,0	25,0	18,2	54,8	20,8	15,2	9,2	60,4	39,6
Arbeiter	36,6	24,2	22,5	16,7	28,1	23,0	31,0	17,9	90,1	9,9
I n s g e s a m t	25,7	24,4	25,1	24,8	36,7	21,6	21,1	20,6	85,7	14,3
Körperschaften des öffentlichen Rechts										
Beamte mit festst. Geh.	-	-	50,0	50,0	-	-	-	-	100,0	-
" im höh. Dienst	-	4,0	38,7	57,3	-	-	100,0	-	98,7	1,3
" im gehob. Dienst	1,0	23,5	46,0	29,5	-	-	50,0	50,0	98,7	1,3
" im mittl. Dienst	20,4	36,8	24,4	18,4	-	4,6	63,6	31,8	87,4	12,6
" im einf. Dienst	-	-	40,0	60,0	-	-	-	-	100,0	-
Beamtenanwärter	100,0	-	-	-	-	-	-	-	100,0	-
Z u s a m m e n	12,8	22,4	36,2	28,6	-	3,7	63,0	33,3	95,6	4,4
Angest. im höh. Dienst	25,2	48,6	15,5	10,7	50,0	50,0	-	-	96,3	3,7
" im gehob. Dienst	12,2	34,8	34,3	18,7	35,7	26,8	17,9	19,6	86,3	13,7
" im mittl. Dienst	50,9	27,2	12,2	9,7	61,3	21,2	13,3	4,2	54,3	45,7
" im einf. Dienst	54,7	14,4	15,8	15,1	72,7	12,7	6,4	8,2	55,8	44,2
Sonstige Angest. 1)	60,3	17,2	10,4	12,1	66,2	13,6	13,6	6,6	57,9	42,1
Z u s a m m e n	43,7	27,0	16,8	12,5	62,3	19,0	12,8	5,9	61,4	38,6
Arbeiter	20,9	19,0	30,8	29,1	53,8	15,3	17,6	13,3	32,7	67,3
I n s g e s a m t	34,3	25,1	22,7	17,9	58,4	17,4	15,3	8,9	60,3	39,7
Gemeinden und Gemeindeverbände										
Beamte mit festst. Geh.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
" im höh. Dienst	-	15,5	35,4	49,1	4,8	19,0	61,9	14,3	84,0	16,0
" im gehob. Dienst	3,1	15,6	36,8	44,5	-	6,2	31,3	62,5	93,1	6,9
" im mittl. Dienst	16,9	24,9	29,7	28,5	-	10,0	10,0	80,0	97,1	2,9
" im einf. Dienst	-	7,0	20,0	72,1	-	-	100,0	-	97,7	2,3
Beamtenanwärter	100,0	-	-	-	-	-	-	-	100,0	-
Z u s a m m e n	7,8	17,8	33,6	40,8	1,2	10,0	37,5	51,3	93,5	6,5
Angest. im höh. Dienst	20,8	47,9	12,5	18,8	58,4	33,3	8,3	-	80,0	20,0
" im gehob. Dienst	11,8	34,5	30,4	23,3	14,8	22,2	44,5	18,5	91,8	8,2
" im mittl. Dienst	42,3	24,7	18,4	14,6	49,0	20,9	19,4	10,7	78,4	21,6
" im einf. Dienst	37,6	18,6	23,2	20,6	57,1	15,9	22,1	4,9	82,9	17,1
Sonstige Angest. 1)	56,7	12,5	15,4	15,4	72,7	12,6	11,9	2,8	66,2	33,8
Z u s a m m e n	36,6	24,3	21,4	17,7	52,6	18,8	20,1	8,5	80,3	19,7
Arbeiter	14,5	15,9	32,2	37,4	23,4	19,3	28,4	28,9	75,5	24,5
I n s g e s a m t	22,5	19,6	28,0	29,9	33,7	18,8	25,6	21,9	79,5	20,5
Öffentlicher Dienst zusammen										
Beamte mit festst. Geh.	-	4,2	33,3	62,5	-	-	-	-	100,0	-
" im höh. Dienst	1,4	18,5	36,9	43,2	16,0	26,0	34,0	24,0	89,6	10,4
" im gehob. Dienst	15,4	21,6	29,0	34,0	26,4	18,3	18,9	36,4	75,3	24,7
" im mittl. Dienst	8,2	17,5	29,1	45,2	2,0	19,2	37,1	41,7	97,0	3,0
" im einf. Dienst	24,6	30,5	25,9	19,0	24,0	40,4	27,9	7,7	96,8	3,2
Beamtenanwärter	87,2	12,6	0,2	-	80,0	20,0	-	-	96,0	4,0
Z u s a m m e n	17,7	22,9	27,6	31,8	24,2	21,0	21,8	33,0	89,6	10,4
Angest. im höh. Dienst	16,8	41,0	20,3	21,9	45,7	34,3	5,7	14,3	90,0	10,0
" im gehob. Dienst	11,1	33,4	32,6	22,9	24,2	29,8	28,7	17,3	83,2	16,8
" im mittl. Dienst	40,0	28,5	18,1	13,4	58,3	20,1	15,0	6,6	61,5	38,5
" im einf. Dienst	40,6	19,3	21,7	18,4	68,1	14,0	12,3	5,6	74,8	25,2
Sonstige Angest. 1)	57,6	16,1	13,0	13,3	62,8	14,3	13,1	9,8	61,4	38,6
Z u s a m m e n	34,5	27,4	21,5	16,6	58,7	19,7	15,6	8,6	68,2	31,8
Arbeiter	30,1	21,7	25,4	22,8	31,4	19,8	27,1	21,7	82,4	17,6
I n s g e s a m t	25,6	23,4	25,5	25,5	40,5	20,0	21,0	18,5	81,8	18,2

1) Sondervertrags-, Aushilfs- und jugendliche Angestellte sowie Verwaltungslehrlinge und Anlernlinge.

## Das Personal des öffentlichen Dienstes nach der Vorbildung und nach der Laufbahn

Personalstand  
am 31.12.1950

Laufbahn	Die Beschäftigten nach der zuletzt besuchten Schule					Be- schäftigte ins- gesamt	Verteilung von 100 Absolventen der					Von 100 Beschäftigten der einzelnen Laufbahnen kamen von der									
	Volks- schule						Höhere schule					Höhere schule					Höhere schule				
	Mittel- schule	Höhere schule	Fach- schule	Hoch- schule	Hoch- schule		Mittel- schule	Höhere schule	Fach- schule	Hoch- schule	Mittel- schule	Höhere schule	Fach- schule	Hoch- schule	Mittel- schule	Höhere schule	Fach- schule	Hoch- schule			
<b>Beamte</b>																					
Feststehende Gehälter	3	-	1	2	18	24	0,0	-	0,0	0,2	1,3	12,5	-	4,2	8,3	75,0					
Höherer Dienst	45	-	44	30	846	965	0,4	-	1,0	3,4	60,9	4,7	-	4,5	3,1	87,7					
Gehobener Dienst	916	190	5 569	739	379	5 793	8,4	39,4	81,0	83,1	27,3	15,8	3,3	61,6	12,8	6,5					
Mittlerer Dienst	4 406	156	410	82	4	5 058	40,5	32,4	9,3	9,2	0,3	87,1	3,1	8,1	1,6	0,1					
Einfacher Dienst	5 363	85	272	3	5	5 728	49,2	17,6	6,2	0,4	0,3	93,6	1,5	4,7	0,1	0,1					
Beamtenanwärter	164	51	112	33	137	497	1,5	10,6	2,5	3,7	9,9	33,0	10,3	22,5	6,6	27,5					
Z u s a m m e n	10 897	482	4 408	889	1 389	18 065	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	60,3	2,7	24,4	4,9	7,7					
<b>Angestellte</b>																					
Höherer Dienst	11	11	23	20	285	350	0,1	1,7	1,4	3,4	43,9	3,2	3,2	6,5	5,7	81,4					
Gehobener Dienst	865	161	527	345	96	1 994	11,7	24,3	31,2	58,5	14,8	43,4	8,1	26,4	17,3	4,8					
Mittlerer Dienst	4 552	364	806	137	34	5 893	61,4	55,1	47,7	23,2	5,2	77,2	6,2	13,7	2,3	0,6					
Einfacher Dienst	1 354	58	130	7	5	1 554	18,3	8,8	7,7	1,2	0,8	87,1	3,7	8,4	0,5	0,3					
Sondervertragsangestellte	211	28	79	69	143	530	2,8	4,2	4,7	11,7	22,0	39,8	5,3	14,9	13,0	27,0					
Aushilfsangestellte	128	9	33	12	84	266	1,7	1,4	2,0	2,0	13,0	48,1	3,4	12,4	4,5	31,6					
Verwaltungslehrlinge 1)	295	30	90	-	2	417	4,0	4,5	5,3	-	0,3	70,7	7,2	21,6	-	0,5					
Z u s a m m e n	7 416	661	1 688	590	649	11 004	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	67,4	6,0	15,3	5,4	5,9					
<b>Beamte und Angestellte zusammen</b>																					
Feststehende Gehälter	3	-	1	2	18	24	0,0	-	0,0	0,1	0,9	12,5	-	4,2	8,3	75,0					
Höherer Dienst	56	11	67	50	1 131	1 315	0,3	1,0	1,1	3,4	55,5	4,3	0,8	5,1	3,8	86,0					
Gehobener Dienst	1 781	351	4 096	1 084	475	7 787	39,7	30,7	67,2	73,3	23,3	22,9	4,5	52,6	13,9	6,1					
Mittlerer Dienst	8 958	520	1 216	219	38	10 951	48,9	45,5	19,9	14,8	1,9	81,8	4,8	11,1	2,0	0,3					
Einfacher Dienst	6 717	143	402	10	10	7 282	36,7	12,5	6,6	0,7	0,5	92,3	2,0	5,5	0,1	0,1					
Sonstige 2)	798	118	314	114	366	1 710	4,4	10,3	5,2	7,7	17,9	46,7	6,9	18,3	6,7	21,4					
Z u s a m m e n	18 313	1 143	6 096	1 479	2 038	29 069	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	63,0	3,9	21,0	5,1	7,0					
Arbeiter	16 115	102	136	31	5	16 389	-	-	-	-	-	98,3	0,6	0,9	0,2	0,0					
I n s a m m e n	34 428	1 245	6 232 <sup>a)</sup>	1 510	2 043 <sup>b)</sup>	45 458	-	-	-	-	-	75,7	2,8	13,7	3,3	4,5					

1) Einschl. Anlernlinge und jugendliche Angestellte. - 2) Beamtenanwärter, Sondervertrags-, Aushilfs- und jugendliche Angestellte sowie Verwaltungslehrlinge und Anlernlinge.

a) Mit Reifezeugnis: 933, davon Beamte: 617, Angestellte: 303, Arbeiter: 13.

b) Mit abgeschlossenen Studium: 1 851, davon Beamte: 1 339, Angestellte: 510, Arbeiter: 2.



Tabelle 15

## Die Schwerbeschädigten im öffentlichen Dienst

Personalstand  
am 31.12.1950

Stellung im Beruf Laufbahn	Schwerbeschädigte				Die Verteilung von 100 Schwerbeschädigten nach dem Anstellungsverhältnis und der Laufbahn				Von 100 Beschäftigten waren Schwerbeschädigte			
	bei			zu- sam- men	bei			zu- sam- men	bei			zu- sam- men
	staat- liche Ver- wal- tung	Kör- per- sch. d.ö. Rechts	Kömmu- nal- ver- wal- tung		staat- liche Ver- wal- tung	Kör- per- sch. d.ö. Rechts	Kömmu- nal- ver- wal- tung		staat- liche Ver- wal- tung	Kör- per- sch. d.ö. Rechts	Kömmu- nal- ver- wal- tung	
<b>Stellung im Beruf:</b>												
Beamte	808	52	93	953	40,7	19,9	9,4	29,4	5,0	8,6	7,5	5,3
Angestellte	404	188	695	1 287	20,4	72,0	69,9	39,8	10,1	6,6	16,7	11,7
Arbeiter	771	21	206	998	38,9	8,1	20,7	30,8	7,4	2,3	2,0	6,1
<b>Z u s a m m e n</b>	<b>1 983</b>	<b>261</b>	<b>994</b>	<b>3 238</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>6,5</b>	<b>6,0</b>	<b>9,5</b>	<b>7,1</b>
<b>Laufbahn:</b>												
Feststehende Gehälter	1	-	-	1	0,1	-	-	0,0	5,6	-	-	4,2
Höherer Dienst	69	8	6	83	3,5	3,0	0,6	2,6	7,3	4,4	3,1	6,3
Gehobener Dienst	314	56	113	483	15,8	21,4	11,4	14,9	5,5	7,8	8,4	6,2
Mittlerer Dienst	453	126	415	994	22,8	48,3	41,8	30,7	6,6	7,7	17,1	9,1
Einfacher Dienst	336	35	243	614	16,9	13,4	24,4	19,0	5,6	13,8	24,3	8,4
Sonstige 1)	39	15	11	65	2,0	5,8	1,1	2,0	6,3	3,4	1,7	3,8
Arbeiter	771	21	206	998	38,9	8,1	20,7	30,8	7,4	2,3	2,0	6,1

1) Beamtenanwärter, Sondervertrags-, Aushilfs- und jugendliche Angestellte sowie Verwaltungslehrlinge und Anlernlinge.

Tabelle 16

Das nach dem 8. Mai 1945 in den öffentlichen Dienst  
neu eingestellte PersonalPersonalstand  
am 31.12.1950

Körperschaften	Be- amte	Ange- stell- te	Ar- bei- ter	Zu- sam- men	Von 100 Neueingestell- ten der einzelnen Lauf- bahnen entfielen auf die verschiedenen Kör- perschaften				Von 100 Neueinge- stellten der ein- zelnen Körper- schaften waren				Von 100 Beschäftigten waren Neueingestellte			
					Be- amte	Ange- stell- te	Ar- bei- ter	zu- sam- men	Be- amte	Ange- stell- te	Ar- bei- ter	zu- sam- men	bei den			Zu- sam- men
													Be- amten	Ange- stell- ten	Ar- bei- tern	
Staat ohne Bahn und Post	2 850	1 704	1 201	5755	82,9	28,7	15,8	33,9	49,5	29,6	20,9	36,2	50,0	65,9	43,9	
Bahn und Post	288	216	2 955	3459	8,4	3,6	38,8	20,3	8,3	6,3	85,4	3,4	37,2	34,3	19,7	
Körperschaften des öff. Rechts	127	1 701	711	2539	3,7	28,6	9,4	15,0	5,0	67,0	28,0	20,9	59,8	79,6	58,4	
Gemeinden und Gemeindeverbände	172	2 322	2 742	5236	5,0	39,1	36,0	30,8	3,3	44,3	52,4	14,0	55,7	54,2	50,1	
<b>Z u s a m m e n</b>	<b>3437</b>	<b>5 943</b>	<b>7 609</b>	<b>16989</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>20,2</b>	<b>35,0</b>	<b>44,8</b>	<b>19,0</b>	<b>54,0</b>	<b>46,4</b>	<b>37,4</b>	

